BEILAGE: HERAUS ZUM ROTEN 1. MAI!

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 13 vom 7. April 1973 6. Jahrgang 50 Pfennig

FRANKFURT - WESTEND:

ALLE HÄUSER WEITER BESETZT!

DER BRUTALE POLIZEIÜBERFALL WURDE ERFOLGREICH ZURÜCKGESCHLAGEN!

Etwa 5000 Demonstranten protestierten am 31.3.73 in Frankfurt gegen die geplante Räumung des Hauses Kettenhofweg Nr. 51, das seit einem Jahr besetzt wird. Die Partei bildete einen eigenen Block, die Parteifahne an der Spitze.



Als die Demonstration das Frankfurter Einkaufszentrum erreichte, lösste sich die Demonstration auf und die Demonstranten mischten sich in grösseren Trupps unter die Einkaufbummler und bildeten Diskussionsgruppen.

Als etwa 10000 Menschen auf engstem Raum zusammengeballt waren, griff die Polizei ein:

Zahlreiche Wasserwerfer fuhren auf, unzählige Polizeischläger standen dahinter in Bereitschaft. Nach einem Aufruf, sich zu zerstreuen, der mit Buh-Rufen und Pfiffen beantwortet wurde, spritzten die Wasserwerfer wahllos in die Menge, und die Polizisten begannen, auf die Versammelten einzuprügeln. Aber das waren keine Pazifisten: mit rasch beschafften Stuhlbeinen und Pflastersteinen setzte man sich zur Wehr!

Die Wasserwerfer fuhren durch die vollgestopften Fussgängerstrassen. Alles was sich bewegte, wurde aufs Korn genommen, egal ob Mann oder Kind oder Greis! Ein Trupp von 50 Polizisten stürmte in den 'Kaufhof' und schlug dort auf die Menschen ein. Mehrere Polizisten prügelten einen Demonstranten mit voller Absicht unter eine fahrende Strassenbahn. Nur durch einen Zufall kam er mit dem Leben davon. Aber man war nicht wehrlos: am Goetheplatz und am Steinweg wurden Barrikaden gebaut. Ein einzelner mutiger Kollege sprang auf einen Wasserwerfer und richtete den Wasserstrahl auf anstürmende Polizisten.



Die Passanten standen klar auf der Seite der Demonstranten. 'Polizeistaat – Mörder' schallten durch die Strassen. Aufgebrachte Passanten verprügelten Polizisten nach Strich und Faden, wenn sie ihnen einzeln in die Hände fielen.

Den Polizeischlägerhorden gelang es erst nach Stunden wieder 'Ruhe und Ordnung' herzustellen.

Bereits am Mittwoch, dem 28.3.73, entspannte sich um das besetzte Haus Kettenhofweg 51 eine Strassenschlacht.

800 schwerbewaffnete Polizisten unterstützt durch Wasserwerfer und andere gepanzerte Fahrzeuge, prügelten eine spontane Demonstration auseinander. Danach versuchten sie, das besetzte Haus zu stürmen. Stundenlange Versuche misslangen. Auch hier unterstützte die Bevölkerung die mutigen Kämpfer. Bauarbeiter einer benachbarten Baustelle rollten den Polizisten Stacheldraht entgegen. Frauen einer in der Nähe gelegenen Grossküche holten die Verletzten und versorgten sie.

Das zeigt, der Kampf der Hausbesetzer ist kein isolierter Kampf, die Bevölkerung unterstützt ihn. Denn ein Teil der Bevölkerung steht selber im Kampf gegen Mietwucher und Bodenspekulation.

Fortsetzung auf Seite 4

Velbert:

Ausländische Arbeiter wehren sich!

Velbert/NRW. Im Wohnheim der Beschlägefabrik Stanley sind 90 ausländische Arbeiterinnen untergebracht. Jede von ihnen zahlt allein für ein Bett 70 DM im Monat. Auf Anordnung der Stanley-Kapitalisten wird jeder Besuch kontrolliert. Ab 11 Uhr ist das Wohn'heim' geschlossen, wer später kommt, muss auf der Strasse übernachten.

Gegen diese Verhältnisse demonstrierten zahlreiche junge und ältere Arbeiter vor den Toren der Firma Stanley. Sie taten dies trotz der Rausschmiss-Drohung der Firmenleitung, gegen jeden, der sich an dieser Demonstration beteiligen würde. Die ausländischen Kollegen und Kolleginnen riskierten dabei noch mehr als Rausschmiss. Ihnen droht das Bonner Ausländergesetz, mit dem sie jederzeit, bei Nacht und Nebel abgeschoben werden können. Als mehrere Polizisten einem spanischen Arbeiter den Pass abnehmen wollten, kommentierte das entsprechend eine Type von der Popo (politische Polizei): "Da wird Franco sich aber freuen."

Nicht umsonst sind die Bonner Ausländergesetze - gegen deren Verabschiedung im letzten Herbst 15000 Menschen demonstrierten - derart reaktionär. Die ausländischen Arbeiter in Deutschland stehen bei allen Kämpfen in vorderster Front. So hielten eben am 18. März in Gelsenkirchen, unweit von Velbert, 300 Spanier 6 Stunden lang eine Kirche besetzt, weil ihre Kinder nicht in den versprochenen Kindergarten kommen sollten. Am meisten fürchtet der Kapitalistenstaat dabei das Entstehen einer gemeinsamen Kampffront von ausländischen und deutschen Arbeitern.

Als nun die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen trotz der drohenden Ausländergesetze vor den Toren von Stanley in Velbert demonstrierten, wussten sich die Büttel des Kapitals nicht mehr anders zu helfen: Die Polizei rückte an und vertrieb die Demonstranten mit Gewalt!

Weg mit dem Ausländergesetz

AUS DEM INHALT:

Bundeswehrhochschule: Noch bessere Killer.....S.2
Soldatenkorrespondenz: Geschlossenheit bringt Erfolg...S.2
Bespitzelung.....S.2
Bergbau (Preussag): Massenentlassungen.....S.3
Arbeiterkorrespondenzen.....S.3
Schulstreiks.....S.4
Für ein freies Jugendzentrum.....S.4
Radio Tirana.....S.4
US-Thieu-Clique bricht Abkommen.....S.5
Kambodscha: Sicherer Untergang der Verräter.....S.5
D'K'P-Führer: Verrat an der Revolution.....S.6
LDK der Roten Garde.....S.7
LDK des KJVD.....S.7
Berufsverbot.....S.7
Leserbriefe.....S.7
Werktätige Bauern: Auf unsere Seite!.....S.8

Fortsetzung von S. 1

Alle Häuser.....

Frankfurt-Westend – ein Eldorado steinreicher Mietwucherer und skrupelloser Bodenspekulanten – ein Schreckenswort für Mieter. So ist das Westend bekannt. Jetzt ist das Westend auch der Schauplatz der weitaus wuchtigsten Mieterkämpfe in der Bundesrepublik.

Hier treibt das kapitalistische Profitsystem seine übelsten Sumpfblüten – hier ist aber auch der Widerstand der ausgebeuteten Mieter am stärksten.

Immer mehr Mietern reisst der Geduldsfaden: Jetzt reichts! Horrende Wuchermieten für jedes feuchte Loch, bodenloses Wohnungselend unzähliger ausländischer und deutscher Arbeiterfamilien und Rentner. Spekulanten und Finanzmafia lassen ganze Stadtviertel abreissen.

Eine Bebauung mit City-Hochhäusern, Büroetagen, Eigentumswohnungen verspricht ihnen mehr Profit, als sie aus den Mietern herausholen können. Die Wohnungsnot wird dadurch noch schlimmer. Folge: Noch höhere Mieten! Einige Wucherer schicken Schlägertrupps, die von ausländischen Arbeitern mit vorgehaltener Pistole abkassieren.

Die SPD-Stadtverwaltung deckt und schützt die Wucherer und Spekulanten. Hinter ihren elenden Ausflüchten von 'verfehlter Planung und Baupolitik stecken handfeste Kapitalinteressen: Wuchermultimillionäre, Baulöwen, Banken, und die ehrenwerte Maklerzunft.

Dem Kapital und seinen Strohmännern im Rathaus und den Planungsbüros wachsen keine grauen Haare, wegen der Selbstmorde alter Mieter, das Elend älterer Menschen, die aus der gewohnten Umgebung gerissen werden, lässt diese Ehrenmänner kalt.

Die Empörung im Westend hat sich immer mehr vertieft. Die verzweifelten Mieter fanden die Unterstützung fortschrittlicher Studenten. Sie redeten sich zusammen, rüttelten andere durch Flugblätter und Bürgerinitiativen auf, organisierten Mietstreiks – im Moment sind über 1000 Mieter im Streik – und besetzten 13 leerstehende Spekulationsobjekte.

Der Kampf geht weiter: Oberbürgermeister Arndt will keine Hausbesetzung mehr dulden, die hessische Bereitschaftspolizei macht mobil, die bürgerliche Presse hetzt und lügt was sie kann. die Mieterrebellen und ihr Häuserrat sind zu keinem Rückzug bereit, hinter ihnen steht die Hilfe und die Sympathie von immer mehr Westendbewohnern.

Alle Profitmacher, das ganze Bank- und Industriekapital, die Strohmänner des Kapitals in allen bürgerlichen Parteien und der ganze Staatsapparat Justiz, Polizei und die weiteren Machtmittel' – alles ist miteinander verfilzt und ist aufgeschreckt. Um die Profitmacher vom Sockel zu stossen, brauchen wir ausser kämpferischem Einsatz einen mindestens ebenso hohen Grad an Organisation, wie sie ihn bereits haben. Wir brauchen die Kommunistische Partei.



SOLDATENKORRESPONDENZ

Geschlossenheit und Kampf bringen Erfolg

"Die Sanitätsschule der Luftwaffe Klingholz hat eine Patenschaft mit einem Waisenhaus in der Umgebung von Würzburg übernommen. Die Sanis, die in Klingholz auf dem Lehrgang sind, spenden jedesmal Blut zur Unterstützung des Waisenhauses. Sie kriegen dafür einen Tag frei.

Sofort ,als wir nach Klinghloz kamen, brachte der Spiess die Sache vor. Er betonte, dass die Blutspende freiwillig sei.

Wenige Tage vor der Blutspendeaktion wurde plötzlich in der Mittagspause ein Zusatzplan ans schwarze Brett gehängt: etwa 10 Soldaten, die kein Blut spenden konnten oder wollten, waren zu UvD, GvD und Bereitschaft am Wochenende verdonnert worden. "Aus besonderen dienstlichen Gründen"!

Es bildeten sich Trauben um das schwarze Brett, die in die Stuben zurückströmten und dort weiter über diese ungerechte Diensteinteilung diskutierten. Diese Schweinerei wollten wir nicht mitmachen. "Wir spenden einfach kein Blut mehr, wenn dieser Plan nicht verschwindet!"

Wenig später hatten wir "staatsbürgerlichen Unterricht". Einer von uns trug dem Reserveleutnant, der den Unterricht leitete, die Sache vor. **Es kam zu einer Abstimmung: ausser ganz wenigen Gegenstimmen, ein paar Enthaltungen, war die überwiegende Mehrheit für die Forderung: Entweder weg mit dem Plan oder wir spenden keinen Tropfen Blut mehr!** Auch der Reserveleutnant versprach sich für uns einzusetzen.

Bei der Parole am folgenden Tag sprachen wir den Spiess daraufhin an. Der geriet ausser sich: 'Wachdienst ist Ehrendienst' usw. Nach seiner Meinung ist es sowieso nur eine Gnade von oben, wenn wir am Wochenende mal nach Hause können. Sein unverschämtes Auftreten verhärtete unseren Widerstand noch.

Am folgenden Tag wurde der Zusatzplan zurückgenommen. Wir hatten unsere Forderung durchgesetzt.

Solche kleinen Gefechte sind für uns Soldaten sehr wichtig. Denn durch sie lernen wir, auf unsere eigene Kraft zu vertrauen. Durch sie lernen wir, dass das geflügelte Wort: 'Die machen mit uns ja doch, was sie wollen' falsch ist."

Bespitzelung als kapitalistischer Schacher !

Den westdeutschen Kapitalisten steht jetzt neben Polizei, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz eine neue Bürgerkriegstruppe zur Verfügung! Die Mihm OHG, Kassel Wilhelmstr. Nr. 11, ein Unternehmen mit 4 Millionen Jahresumsatz. Diese Firma führt gegen Bezahlung von 156 000 DM im Jahr pro 1 000 Arbeiter und Spesen, die Bespitzelung der Arbeiter in zahlreichen Grossbetrieben durch. Bereits jetzt sind Akten über 20 000 Personen angelegt. Ein Grossteil wird an den Verfassungsschutz weitergeleitet.

Zur Zeit werden etwa 40 'Spezialagenten' und 5000 'Hobby-Spitzel' beschäftigt. Die 'Spezialagenten' sind mit Minikameras, Tonbandgeräten, Infrarotsichtgeräten, Lügendetektoren und natürlich mit Waffen ausgerüstet, alle 'Spezialagenten' sind Karate-Spezialisten und ausgebildete Schützen. Es gilt das Motto: "Der erste Schuss muss töten!" Die Grunddevise dieser feinen Firma ist: "Wir machen alles, was nicht gegen die Unternehmer geht."

Aber die Firma Mihm beschränkt sich nicht nur auf Bespitzeln. Man ist auch für den 'Ernstfall' gerüstet: Es gibt einen paramilitärischen Werkschutztrupp, inklusive Hundeführerstaffel! Der Einsatz in den Betrieben erfolgt zur 'Aufrechterhaltung der inneren und äusseren Ordnung!' Soll ein Betrieb, der zu Mihms Schutzbereich gehört, bestreikt werden, dann wird die ganze Truppe im Betriebsgelände untergebracht.

Doch die Mihm OHG steht bei ihrer 'Arbeit' nicht allein.

Die Konzern- und Finanzherren bauen ihren Bespitzelungs- und Unterdrückungsapparat immer stärker aus. In diesem Jahr wird fast 50% mehr für die 'innere Sicherheit' ausgegeben als im letzten Jahr. Allein der Etat des Bundesgrenzschutzes steigt von 497 Millionen DM auf 609 Millionen DM. Die bundeseigenen Spitzel vom Verfassungsschutz bekommen dieses Jahr 64 Millionen DM, 16 Millionen DM mehr als im Vorjahr. Das zeigt:

Die Kapitalisten haben ungeheure Angst vor der Arbeiterklasse!

Bundeswehrhochschule: Noch bessere Killer !

'Bildungsnotstand' gibt es nicht nur an jeder normalen Universität, sondern auch in der Bundeswehr. In den beiden Bundeswehrhochschulen, die im Herbst dieses Jahres eröffnet werden sollen, wird eine neue Killerelite herangebildet. Das Ziel: bessere Waffentechniker, bessere Kriegsideologen und bessere Angriffs- und Bürgerkriegsstrategen.

Die grossen Konzerne bekunden bereits jetzt lebhaftes Interesse für die Absolventen der Bundeswehrhochschule. Dort werden sie bereits sehnsüchtig erwartet. Und was steckt dahinter?

Nach dem Motto: 'Jede Waffe von uns ist besser, als die der Amerikaner' (Bölkow) produziert die deutsche Industrie wieder fleissig für den Krieg. Das Ruhrgebiet macht seinem Namen aus dem I. und II. Weltkrieg, als grösste Waffenschmiede Europas, bereits wieder 'Ehre'. Die Konzern- und Finanzherren rüsten zu neuen imperialistischen Raubkriegen.

Als Fachmänner sitzen viele ehemalige Offiziere, meist mit Kriegserfahrung in den Direktionsbüros der Grossindustrie. Generalmajor a.D. Henning bei Dornier, Generalmajor Overberg bei Mannesmann, Brigadegeneral Kauffmann bei Messerschmitt, Generalmajor Müller bei Voss und Blohm, Konteradmiral Topp bei der Howaldtswerft, um nur einige Namen zu nennen.

Sie sollen dort die Industrieprodukte noch besser als bisher auf den praktischen Kriegseinsatz ausrichten. Und nebenbei, sagen sich die Kapitalisten, kann ein bisschen militärischer Drill in der Produktion nicht schaden.



Bild und Text aus Frankfurter Allgemeine Zeitung

Nachrichten

BEFREIUNGSKAMPF IN PORTUGAL!

Allein in einer Woche fanden 10 Bombenanschläge gegen Regierungsgebäude in Portugal statt. Patriotische Befreiungskräfte zerstörten in Lissabon durch eine Bombe 13 Lastwagen, die für den Kolonialkrieg in Afrika bestimmt waren.

URUGUAY: 150.000 DEMONSTRIEREN!

Mit einer Demonstration in der Hauptstadt Montevideo forderten 156 000 Menschen, stellvertretend für alle Werktätigen die Absetzung des Staatspräsidenten Bordaberry. Bordaberry, selbst ein Grossgrundbesitzer und Winkeladvokat, ist der reaktionärste Vertreter der herrschenden Klasse in Uruguay.

GRIECHENLAND: KAMPF GEHT WEITER!

Mit machtvollen Demonstrationen Vorlesungsboykotten und Streiks haben die Studenten in Griechenland das faschistische Regime musste das 'Universitäts-Kasernen-Gesetz', das die direkte Kontrolle der Hochschulen durch das Militär und die Einberufung der oppositionellen Studenten zum Militär beinhaltet teilweise zurückziehen. Die Militärjunta ging mit brutaler Gewalt gegen die protestierenden Studenten vor. Dutzende von Studenten wurden verhaftet, ihre Anwälte gleich mit. Trotzdem breitete sich die Bewegung immer mehr aus. Die Bevölkerung solidarisierte sich mit dem Kampf der Studenten.

AMERIKA: STATT FLEISCH – KANONEN!

Trotz des Lohn- und Preisstops in den USA sind allein im Januar die Lebensmittelpreise um 2,1% gestiegen. Selbst die bürgerlichen Ökonomen rechnen für 73 mit Steigerungen um 19%. Besonders auf dem Fleischmarkt macht sich zunehmende Knappheit breit. die Fleischpreise sind Anfang des Jahres um 10% gestiegen.

Während die Kriegsproduktion weiter auf Hochtouren läuft, will Nixon einen Aufruf zum 'Fleischboykott' die Preise drücken. Er schlägt allen Ernstes vor, 'Fleischfreie Tage' einzulegen. Auch die zugunsten des Kriegshaushaltes erfolgte Kürzung der Sozialausgaben zeigen nach welchem Motto die US-Imperialisten das Land regieren: Kanonen statt Butter!

ROTER MORGEN
Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert
Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.
Postscheckkonto Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Preussag will 1097 Bergleute entlassen

Die Preussag AG will auf ihren Zechen in Ibbenbüren und Mettingen im Osten Nordrhein-Westfalens über 1000 Kumpels entlassen. Das ist die dritte Massenentlassung seit 1966.

Vom Ibbenbürener Bergbau leben insgesamt 20000 Menschen. Sie sind auf den Pütt angewiesen, weil Preussag mit allen Mitteln verhindert hat, dass sich weitere Industrien in diesem Gebiet ansiedelten. Verlegungen auf andere Zechen, Umschulungen für Arbeitsplätze im gleichen Ort kommen also für die Ibbenbürener Kumpels nicht in Frage.



Tausende von Bergleuten kamen zur Belegschaftsversammlung des Preussag-Ostfeldes in die Kauen des Mettinger Nordschachtes.

EMPÖRUNG AUF DER BELEGSCHAFTSVERSAMMLUNG

Auf der Belegschaftsversammlung der Preussag AG am 25. 3. waren die Zechenherren gezwungen, endlich Genaueres über die geplanten Entlassungen zu sagen.

Die Kumpels waren empört. Jahrelang hatten sie ihre Knochen für die Zechenherren hingehalten. Vor drei Wochen erst wär der Kollege Harte, 26 Jahre, verheiratet mit wei Kindern bei einer Überschnuicl tödlich verunglückt. Und jetzt?

Nachdem einer vom Vorstand aus Hannover viele Zahlen gebracht hatte, von 'Anpassung der Förderung an den Absatz' gesprochen hatte, erklärten der Ibbenbürener Vorstandsvositzende und der CDU-Betriebsratsvorsitzende den 'Sozialplan'. Goldene Berge wurden versprochen.

Aber die Kumpels wollten es genau wissen und da kam es an den Tag.

Anpassungsgeld? - Sicher Aber nur 60% des Bruttogehalts.

Umschulungsgeld? - Sicher. Aber kein Arbeitsplatz in Ibbenbüren. Also müssen die mühsam aufgebauten Häuschen, die Gärten aufgegeben werden.

Weiter wurde gefragt: Was ist, wenn im Mai die Tarife erhöht werden? - Davon werden die entlassenen Kollegen 'natürlich' ebenfalls nicht mehr betroffen. Doppelte Lohneinbuse also für die, die noch vor dem Tarifabschluss auf die Strasse fliegen.

Der Unmut der Kollegen über diesen Angriff der Kapitalisten war gross. Kaum einer klatschte noch, wenn Vorstand oder Betriebsratsvorsitzender redeten, Beifall bekamen die Kollegen, die für die Interessen der Kumpels sprachen.

Die Belegschaftsversammlung bedeutete nicht das Ende des Kampfes um die Arbeitsplätze in Ibbenbüren. 8000 Kumpels waren nach 45 auf dem Pütt. Jetzt sind es noch 5000. Soll man ruhig zusehen, bis auch der letzte geht?

Und es geht ja nicht nur um die Bergarbeiter, es geht um ihre Familien, es geht insgesamt um die Existenz von 20000 Menschen. Diese Menschen haben bereits erlebt: Preussag kennt kein Mitleid. Sozial ist die Fassade. Der Kern ist nacktes Profitstreben.

Immer häufiger wird darum vom 'Kampf' geredet. Aber die Bergarbeiter und anderen Werktätigen zögern noch, zum einzigen Mittel zu greifen, was eine wirkliche Waffe im Kampf gegen das Kapital ist: Streik. Sie können noch nicht glauben, dass auch die Stadt, das Land und der Staat ihnen nicht helfen werden.

Diese Hoffnung schüren vor allem die D'K P-Führer. In einem ihrer Flugblätter heisst es: "Sorgen wir dafür, dass die Landesregierung gemäss unserem Wählerauftrag den Preussag-Herren diese Machenschaften verbietet!..

Diese Landesregierung hat noch keine einzige Massenentlassung verboten. Die 30000 Kumpel, die allein im letzten Jahr auf die Strasse geflogen sind, sind der beste Beweis dafür. Dafür aber hat sie den Zechenherren bis 1975 2,4 Milliarden DM an Subventionen zugesichert. Dafür hat sie 66/67 mit dem Beginn der Massenentlassungen auf den Zechen angefangen, Polizeieinheiten für den Kampf gegen Demonstranten und Streikende auszubilden. Dafür hat sie angefangen, Hubschrauberlandeplätze auf den Zechengeländen einzurichten, um notfalls mit nackter Gewalt die Profitinteressen der Zechenherren schützen zu können.

Nein, auf die Landesregierung zu vertrauen, bringt nicht mehr als das Vertrauen auf die soziale Fassade der Preussag-Herren. Es gibt für die Kumpels in Ibbenbüren und auf den anderen Zechen keinen anderen Weg als selbst den Kampf gegen die Ausbeuter aufzunehmen.



KLASSE GEGEN KLASSE

ITALIEN: ZÖLLNER STREIKEN ERNEUT!

Nur 9 Tage nach ihrem letzten Streik haben jetzt 5000 Zollbeamte die Arbeit erneut niedergelegt. Nachdem sie sich eine Erhöhung der Beamtenbesoldung erkämpft hatten, wollte der Staat ihnen dafür die aussertariflichen Zulagen streichen. Die grössten Gewerkschaften Italiens haben sich von dem Streik distanziert.

PADERBORN: KLEIN BETRIEB WIRD BESTREIKT!

Bei der Hecker KG in Paderborn haben alle 30 Arbeiter und Lehrlinge die Arbeit niedergelegt. Es geht um die Angleichung der Bezahlung an die Grossindustrie.

MASSENSTREIK IN JAPAN!

Um ihre Forderung nach höheren Löhnen durchzusetzen, traten 150 000 japanische Arbeiter für mehrere Stunden in einen Warnstreik.

TEILSTREIK BEI RENAULT!

400 Arbeiter des Pariser Stammwerks des Atuomobilkonzerns streiken seit einer Woche für höhere Löhne. Der Hauptteil der Streikenden sind Gastarbeiter. Sie kämpfen gleichzeitig für 'Gleichstellung und Gleichberechtigung'. In den anderen Renault! Werken laufen inzwischen Solidaritätsstreiks an. Das ganze Stammwerk ist durch diesen Streik faktisch lahmgelegt. Ein Kompromissangebot der Werksleitung wurde abgelehnt. Der Streik geht weiter.



DIE ARBEITERKLASSE MUSS BEI ALLEM DIE FÜHRUNG INNEHABEN!

Wie wahr diese Feststellung ist, möchte ich an einer Begebenheit aus meinem Betrieb berichten.

Da sollte aus einer Zuckerzentrifuge eine Welle hinausgetrieben werden. Zwischen Welle und Nabe hatt sich aber Zucker angesammelt und verklebt. Der Werksleiter gab sein Kommando: Welle darf nur kalt rausgetrieben werden, d.h. mit Hammerschlägen. Wärme ist verboten.

Willi, mein Vormann, spuckte Gift: Erstens war seine Pension überfällig, zweitens hatte er 25 Jahre Erfahrung bei diesen Maschinen. Ich fragte ihn, was es denn für ein Argument gegen Wärme gäbe. Willi meinte, dass es keines gäbe. Zig Trommeln laufen mit bereits angewärmter Nabe und keine ist bis jetzt explodiert.

Dann kamen Werksleiter und Meister und spendeten Ratschläge, Caramba, ein Gleitmittel in die Nabe sprühen. Das Theater ging den ganzen Nachmittag. Dann jammern also die Kapitalisten über steigende Verluste.

Willi hütete sich aber, sein Geheimnis dem Werksleiter anzutragen, geschweige denn, eine Diskussion nach Professorenart abzuhalten. Wir dachten unseren Teil. Nächsten Morgen sollte das Wundermittel wirken. Keine Spur. Kleinlaut kam der Werksleiter an: Nabe anheizen.

Drei Schweissbrenner sorgten für die nötige Wärme. Ein Schlag mit dem Vorschlaghammer und die Welle war raus. Meister stand mit Blutdruck rum. Werksleiter liess sich nicht mehr blicken...

Vielen Kollegen wurde klar, wie die Produktion bei der Stange gehalten wird von den Kapitalisten. **Das Kommando muss von der Arbeiterklasse kommen.**

Die Betriebszelle bei MIAG in Braunschweig berichtet:

'BETRIEBSVERSAMMLUNG -- SCHLAG GEGEN DIE ARBEITER VERRÄTER!!

Am 21.3. war auf der MIAG Betriebsversammlung. MIAG ist einer der führenden Firmen im Mühlen- und Förderanlagenbau in der Welt.
Vor einem halben Jahr wurde die MIAG von der schweizer Konkurrenz Bühler gekauft. Vier Monate später wurde die Graugiesserei geschlossen. 120 Kollegen verlieren am 30.4. ihren Arbeitsplatz und kriegen in unserem Raum keinen gleichwertigen Arbeitsplatz mehr. Das hiesst, eine ganze Stange Geld weniger nur weil die Herren Kapitalisten den Hals nicht voll genug kriegen können.

Natürlich waren wir alle sehr sauer. Wer wird der nächste sein, fragten wir uns – der Walzstahl bau vielleicht? Die Kollegen der Giesserei malten einen Totenkopf an die Wand, darunter stand MIAG. Wir von der Partei gaben ein Extrablatt heraus in dem wir die Erhaltung der Arbeitsplätze auf der MIAG und eine ausserordentliche Vetriebsversammlung forderten. Die haben wir nicht erreicht. Aber die Empörung war gross. Deshalb war auch bei der nächsten ordentlichen Betriebsversammlung die Halle 10 g erammelt voll.

Vorher war ein Flugblatt der gewerkschaftsoppositionellen Gruppe MIAG erschienen. Hier wurde der Betriebsratsvorsitzende anhand einiger Schweinereien als Arbeiterverräter entlarvt. Es wurde empfohlen , ihn mal wieder arbeiten gehen zu lassen.

Als erster redete auf der BV Schulze der Betriebsratsvorsitzende, von Zusammenarbeit gerade mit den Kapitalisten, die eben den Giessereikollegen eine verpasst haten. Dann ging er zum Angriff über: "Wir brauchen keinen Mao und keinen Roten Staplert" schreit er und macht eine Kunstpause für Beifall. Aber kein Kollege klatscht. Das heisst natürlich nicht, dass sie alle Kommunisten sind. Es zeigt aber, wie weit sie Schulze schon misstrauen.

Dann kommt die Aussprache. 5 Kollegen melden sich zu Wort. Sie fordern Garantien für die Arbeitsplätze nicht nur unverbindliches Geschwätz! Während Schulze von Demokratie redete, 'die wir alle brauchen', wies ihm ein Kollege nach, wie undemokratisch er vorgeht, wenn er für die Unternehmer kämpft. So hatte er einem Kollegen, der eine Unterschriftensammlung machte, mit der Polizei gedroht.

Zum Schluss griff ein Kollege aus der Giesserei den Sozialplan an, den Schulze so hochgejubelt hatte. So ist es ja wohl nicht sozial, wenn die Unternehmer, die Schuld haben an der Schliessung, den Kollegen nur einen normalen Lehrlingslohn bei der Umschulung zahlen und den Rest das Arbeitsamt, also der Arbeiter [redacted] selbst.

Dann geiferte wiedermal Schulze. Ausnahmsweise mal rot – aber vor Wut. Denn auch er merkte den Widerstand der Kollegen. Jeder der 5 Kollegen, die geredet hatten, erhielten mehr Beifall als Schulze zusammen. So konnte er nichts anderes, als die Diskussion abwürgen. Ein Kollege sass schon auf dem Rednerpult. Ein anderer stand mit erhobenem Arm direkt vor Schulze. Der guckt ihn an und sagt: "Ich sehe, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor."

Schulze, der bei der letzten Wahl noch mit 300 Stimmen Vorsprung Betriebsratsvorsitzender geworden ist, hat viel Vertrauen verloren. "Der redet ja immer nur für die Unternehmer", sagte einer.

Jetzt heisst es für uns: Weiterkämpfen! Mao sagt: "Für alles Reaktionäre gilt, dass es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!" Es reicht nicht nur allgemein über die Gewerkschaftsführer zu schimpfen. Wir müssen die Bonzen und ihre Politik ganz konkret entlarven. Wir müssen den nächsten Schritt im Kampf aus der Zusammenfassung der Meinungen der Kollegen bestimmen. Deshalb unsere Parole:

DER BETRIEBSRAT MUSS WEG!

Dabei müssen wir aufpassen, dass sich nicht neue Schulzes einschleichen, Radieschen – aussen rot und innen weiss – wie die Revisionisten, die bei uns noch nicht im Btriebsrat sind. Deshalb: Klassenkämpferische Kollegen in den Betriebsrat!
Der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze bei MIAG geht weiter.



Schulstreiks und Demonstrationen im ganzen Land

Bad Segeberg 9.3.73:
Gegen die katastrophalen Zustände an der Segeberger Berufsschule demonstrierten 300 Berufsschüler. Sie fordern den längst fälligen Erweiterungsbau und die Verbesserung des Unterrichts!

Giessen 15.3.73:
3000–4000 Schüler demonstrierten gegen den Numerus Clausus und die schlechte Ausbildungssituation. Die Stadtverwaltung verbot jede weitere Demonstration und Versammlung. Daraufhin durchbrachen am nächsten Tag 300 Schüler das Demonstraverbot.

Bremen 19.3.73:
Gegen den Schulverweis zweier kommunistischer Schüler demonstrierten 700 Schüler. Weiteres Ziel war es, Versammlungsfreiheit und Streikrecht für Schüler zu erkämpfen. Die Schulverwaltung reagierte voller Panik: Lehrer drohten mit Prügel, Schulen wurden gesperrt, Teilnehmern an der Demonstration wurde der Verweiss angedroht.

Bremen 23.3.73:
Der Kampf dehnt sich weiter aus! Trotz massiver Drohungen der Schulverwaltung, gehen 2700 Schüler auf die Strasse. Reaktion der Schulbehörde: 307 Verwarnungen, 106 angedrohte Verweise, 6 Hausverbote.

Dietzenbach, Kreis Offenbach:
Mehr als 500 Schüler traten mit Unterstützung ihrer Eltern in einen unbefristeten Schulstreik, weil die Schulbehörde fortschrittliche Lehrer disziplinarisch versetzte.

Die wachsende Unruhe an den Schulen ist kein Zufall. Auch die Schüler spüren immer stärker den wachsenden Druck des kapitalistischen Systems. Auf der einen Seite sehen die Schüler, wie schlecht sie im Kapitalismus ausgebildet werden, spüren die politische Bevormundung und Unterdrückung an den Schulen. Auf der anderen Seite sehen sie, es tut sich was. Die Kämpfe der Arbeiterklasse hier in Deutschland wachsen ständig an. Die Unterdrückten Völker der ganzen Welt erteilen dem Imperialismus vernichtende Schläge. Hier kommt es darauf an, den Schülern den richtigen Weg zu zeigen: Kampf an der Seite der Arbeiterklasse.

Für ein freies Jugendzentrum

Bericht der Roten Garde Dortmund

"Seit einiger Zeit arbeitet die Rote Garde in einer Jugendgruppe mit, die 'Aktionskreis Jugendzentrum' heisst. Wir wollen die Möglichkeit haben, das zu lernen, was wir für richtig halten, nicht was die Kapitalisten uns eintrichtern wollen.

Am 17. März zogen wir in die Stadt, um für unsere Vorstellungen zu werben. Ein Transparent wurde entrollt, Tische aufgestellt, einige spielten Gitarre. Es wurden Arbeiterlieder gespielt, wie 'Und weil der Mensch ein Mensch ist'. Dazwischen immer wieder kurze Reden gehalten, in denen die Lage der Jugendlichen gezeigt wurde und unsere Forderungen erklärt wurden.

Wir haben unmissverständlich klargemacht, dass wir nicht bloss verhandeln und fordern. Wenn man uns unsere Rechte nicht zugesteht, dann werden wir nehmen, was wir brauchen.

Wie die Stadt darauf reagiert, haben wir schon gesehen. Anfangs hatten wir eine Unterschriftensammlung gestartet. Die wurde aber von der Polizei verboten. Da nur wenige Jugendliche da waren, musste Aktion abgebrochen werden.

Am 17. aber hatten wir Erfolg. Obgleich die Bullen in einer Seitenstrasse mit Mannschaftswagen warteten, wagten sie nichts zu machen. Die Zustimmung der Jugendlichen und auch der Älteren, vor allem der Arbeiter, war zu gross. Die ganze Zeit waren immer an die hundert Leute um unseren Stand versammelt.

Wir werden in der nächsten Zeit noch weitere Veranstaltungen machen, um unser Ziel durchzusetzen. Wenn wir dazu die Räume von der Stadt fordern, wird sich der Kampf wahrscheinlich weiter verschärfen.

Ziel der bürgerlichen Erziehung - brave Untertanen



In den letzten Jahren ist Jungsein in Westdeutschland und Westberlin 'modern' geworden. Ob es um Schulen geht oder um die Freizeit – überall hört man von Verständnis für die Probleme der Jugendlichen, hört man davon, dass die Jugendlichen sich 'entfalten' sollen, dass sie zu 'kritikfreudigen', 'demokratischen' Menschen erzogen werden sollen.

Man staunt über die hehren Ziele, von denen man allenthalben hört. Ist denn die Bourgeoisie tatsächlich daran interessiert, so kritische Menschen heranzubilden, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und gegen Unterdrückung und Gewalt wehren?

Daran kann die Bourgeoisie nie interessiert sein; denn das wäre ein Schuss nach hinten für sie.

Im Gegenteil, obwohl von Fähigkeit zur Kritik gesprochen wird, dürfen die Kinder und Jugendlichen auf keinen Fall das bestehende Kapitalistische System, den kapitalistischen Staat kritisieren.

Und so sieht das aus: Sassen die Kinder früher wie Zinnsoldaten in der Schulbank und lernten, dass der Unternehmer der liebe Gott auf Erden ist, so lernen sie heute in der Schule und bei Freizeitveranstaltungen, dass der Unternehmer 'das Risiko trägt'. Allerdings lernen sie nicht dass in solchen Risikofällen nicht der Unternehmer, sondern der Arbeiter auf der Strasse sitzt.

Sie lernen, dass 'alle in einem Boot sässen', aber nicht, dass die Notstandsgesetze dazu gemacht wurden, dass bei Streiks die Bundeswehr auf Arbeiter schiessen soll. Die Kinder und Jugendlichen lernen nicht, dass die Polizei in den letzten drei Jahren mehr als 100 Leute erschossen hat.

Man verbietet kommunistischen Jugendorganisationen Veranstaltungen in den städtischen Jugendheimen zu machen, man hetzt gegen 'linke Elemente' und verteufelt Kommunisten. Man erzählt aber kein Wort davon, wie es ist, wenn die Arbeiter die Macht ausüben und nicht eine kleine skrupellose Minderheit, die nur auf Geld uns Profit aus ist. Man zeigt zwar – und gerade im Moment – Verständnis für Vietnam, schimpft aber auf diejenigen, die sagen, dass in Westdeutschland die proletarische Revolution notwendig ist. Man verschweigt, dass die grundlegenden Veränderungen, die Fortschritt und Frieden tatsächlich sichern, bisher nur durch Revolutionen erreicht worden sind und auch nur durch Revolutionen erreicht werden können.

So sind die Ziele der Bourgeoisie bei der Erziehung der Jugend die gleichen geblieben. Verändert hat sich allein, dass heute in den Schulen die Kinder noch geschickter für ihre Interessen trimmt, dass sie in den Jugendheimen und mit der Freizeitgestaltung die Jugend ganz gewaltig ausnimmt.

Aber ihre Rechnung, die Jugendlichen so einzulullen, geht nicht auf. Die Schüler wehren sich in den Schulen, die Jugendlichen kämpfen für die Möglichkeit, in ihrer Freizeit wirklich das tun zu können, was sie wollen, das lernen zu können, was ihnen nützt.

Dortmund ist nicht das einzige Beispiel. So besetzten vor zwei Jahren 300 Jugendliche eine leerstehende Fabrik aus Protest gegen die Jugendpolitik der Stadt. 1300 Polizisten mit Pferden, Hunden und Panzern rückten gegen die Jugendlichen vor. Vor kurzem besetzten Jugendliche in Wertheim bei Würzburg ein Haus, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Überall wächst der Widerstand gegen die 'Freiheit', die die Bourgeoisie mit Schule, Freizeitgestaltung – und am Ende immer mit Panzern und Kanonen diktiert.

Radio Tirana die revolutionäre Stimme in Europa

Radio Tirana hat in den letzten Jahren, parallel zur Ausweitung der deutschsprachigen Sendungen immer mehr interessierte Höhrer gewonnen. Keine Bedeutung als revolutionäre Stimme in Europa nahm zu. Heute sendet Radio Tirana 3 Programme in deutscher Sprache, die täglich insgesamt 8 mal zu hören sind.

In der Sendereihe "Die marxistisch-leninistische Bewegung wächst und erstarkt" wird über die Kämpfe und Fortschritte der marxistisch-leninistischen Bruderparteien in Europa und in der ganzen Welt berichtet.

Am Dienstag wird im 3. Programm schwerpunktmässig über Westdeutschland und den Klassenkampf bei uns berichtet. Mittwochs sendet Radio Tirana im 2. und 3. Programm die Sendereihe: "Für die weitere Festigung der Diktatur des Proletariats in Albanien." Die Sendereihe zeigt anhand verschiedener Fragen wie z.B. der Arbeiterkontrolle, welche Mittel die PdAA anwendet, um die proletarische Demokratie zu entfalten und die Arbeiterklasse und andere Werktätige immer zahlreicher an der Leitung des albanischen Staates zu beteiligen.

Am Donnerstag wird die Sendung vom Befreiungskampf der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Unterdrückung ausgestrahlt. Radio Tirana berichtet z.B. über den Kampf der Völker Afrikas gegen den protugiesischen Kolonialismus und Rassismus, erläutert die Ziele der Partisanen in Para im Norden Brasiliens oder weist auf die Erfolge der indochinesischen Volkskriege gegen den US-Imperialismus hin. Man erfährt Hintergründe und Ereignisse, die von unserer bürgerlichen Presse wohlweislich verschwiegen werden.

Für viele Hörer bringt die Sendereihe "Die heutige Sowjetunion, ein kapitalistischer Staat und eine imperialistische Macht" völlig neue Informationen und Erkenntnisse. Anhand der Praxis der Breschnew-Revisionisten zeigt diese Sendereihe, welche Folgen die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion für das Volk hat. Radio Tirana weist anhand von Tatsachen nach, dass die heutigen Führer der Sowjetunion eine Politik der imperialistischen Unterdrückung und Bedrohung anderer Völker betreibt.

Am Sonntag kann man sich im 1. Programm über albanische Volksmusik, revolutionäre Lieder, aber auch moderne albanische Musik informieren. Im 2. und 3. Programm kommt die Sendereihe: "Der Marxismus-Leninismus - eine immer junge wissenschaftliche Lehre." Diese Sendereihe behandelt wichtige Probleme des Marxismus-Leninismus und entlarvt die revisionistischen Entstellungen und Verdrehungen an den Lehren von Marx, Engels, Lenins und Stalin. Ebenso wie die Sendereihe am Freitag, gibt sie dem revolutionären Arbeiter Material in die Hand, um den revisionistischen Verrat leichter entlarven zu können.

Die deutschen Hörer von Radio Tirana sind aufgerufen, sich aktiv an der weiteren Verbesserung der Sendungen zu beteiligen. Radio Tirana ist sicher an Anregungen, auch kleineren Berichten sehr interessiert.

Die KPD/ML ist der internationalistischen Hilfe der albanischen Genossen sehr zu Dank verpflichtet. Unser Dank gilt der PdAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze und der albanischen Regierung. Unser Dank gilt schliesslich nicht zuletzt auch den Mitarbeitern von Radio Tirana.

Hört die revolutionären Sender !

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter, 215 Meter
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter, 215 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 400 khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.00 - 19.30	immer: 43.7, 42.8
21.00 - 22.00	und 26.2 Meter

Revisionistisches

MOSKAU: ELDORADO DER FINANZHYÄNEN

Die Zusammenarbeit der BRD Imperialisten mit den neuen Krem Zaren in Moskau wird immer enge Das deutsche Finanzkapital er öffnet in Moskau direkte Vertre tungen. Die Dresdner Bank un die Deutsche Bank begannen de Reigen. Insgesamt wollen etw 20 deutsche Banken dick in Ostgeschäft einsteigen. Und da Geschäft floriert. Bereits jetz sind Bankkredite von mehrere Milliarden Mark in die UDSS geflossen. Weitere sehr hohe In vestitionen sind geplant. Deshal sind die deutschen Finanzhyäne in Moskau auch sehr willkommen.

Sehen wir uns die neuen Partne der Breschnjew-Renegaten etwa genauer an: Bereits Lenin sagte das die Deutsche Bank eines de wichtigsten Zentren des aggres ven deutschen Imperialismus sei Gute Zusammenarbeit!



ALS COWBOY mit wirbelnden Colt versucht sich der sowjeti sche Kosmonaut Alexej Jelis sejew bei einem Besuch au einer Ranch in Texas. Jelis sejew, der 1971 zur Besatzung des russischen Weltraum-Schif fes Sojus 10 gehörte, hält sic zusammen mit zwei andere Kosmonauten in den USA au Er wird wahrscheinlich an de gemeinsamen Weltraumunter nehmen der Russen und Ameri kaner teilnehmen, das für 197 geplant ist. ap-Telebil

Frankfurter Rundschau vom 27.3.7

SCHACHER MIT 'VOLKSEIG NER' KUNST!

Die revisionistischen Staatsf rer in der DDR sprechen imm sehr grossspurig davon, dass der DDR die Kunst in den Die des Volkes gestellt wird. D sei Kunst kein Handelsobj mehr wie im Kapitalismus. Da mutet es schon seltsam an, we jetzt aus staatlichen Muse Kunstschätze im Wert von etlich Millionen Mark an private Sam ler aus dem Ausland verhök werden sollen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Die US-Imperialisten verschärfen ihren Bombenkrieg gegen das kambodschanische Volk. Nach Angaben der US-Imperialisten wurden allein im Februar 70000Tonnen Bomben über Kambodscha abgeworfen.

Das ist der verzweifelte und vergeblicheVersuch der US-Kriegs vehr echer, den unaufhaltsamen Siegesmarsch der kambodschanischen Patrioten zu stoppen.

Die kambodschanischen Befreiungskräfte haben inzwischen über 90% des Landes den Händen der landesverräterischen Clique von Pnom Penh entrissen. Gleichzeitig nimmt der Widerstand der Bevölkerung in den von der Lon Nol Clique beherrschten Gebieten immer heftigere Formen an.

In dieser Situation wollen die US-Imperialisten das Volk durch einen Umtausch ihrer Marionetten täuschen.



Kambodscha:

Untergang der "Republik" der Verräter ist sicher

unter dieser Überschrift schreibt das 'Bulletin d'information' der kambodschanischen Botschaft in Paris anlässlich der Gerüchte um einen 'Rücktritt' Lon Nols:

"Das wahrscheinliche Abtreten Lon Nols hat seine Ursache in der katastrophalen Situation der Verräterpolitik von Pnom Penh. Gleichzeitig mit den heftigen und massiven Angriffen der FAPLNK (Befreiungsarmee von Kambodscha - die Redaktion) im ganzen Land und besonders in den Gebieten um Pnom Penh selbst, wächst der Widerstand in der vorübergehend noch von den Verrätern kontrollierten Gebieten.

Seit dem Beschluss der Verräterclique, die Preise von fast allen Gebrauchsgütern, besonders aber von Reis und Brennstoff zu erhöhen (um 75 bis 100%) ist ein heftiger Kampf ausgebrochen. Geführt vom Streik der 60 000 Arbeitern steht der Streik von allen Lehrern in Pnom Penh, die Demonstration der Jugendlichen, Schüler und Studenten... Nach Informationen aus Pnom Penh vom 26.2 sind zahlreiche Soldaten der Streitkräfte 'Kmer Krom' zusammengestellt von der Clique um Son Ngoc Thanh, ausgebildet in Südvietnam, in die Stadt Pnom Penh eingedrungen, durch die Strassen marschiert und haben mit Luftschüssen gegen die Preissteigerungen protestiert. Ein anderes Bataillon soll, nachdem es vier Monate lang keinen Sold bekommen hat, zur FAPLNK übergelaufen sein. Die gleichen militarischen Schwierigkeiten zeigen sich in Kampnog Speu und Siem Reup. Das macht den verrätern solches Kopfzerbrechen, dass Sosthene Fernandez in seiner vierten Tagesorder vom 27.2. gezwungen war, den 'Unruhestiftern' mit schweren Strafen zu drohen...

Nach der Meinung der Bevölkerung von Pnom Penh steht der 'Republik' (den Verrätern) das Wasser bis zum Hals. Weder Lon Nol, noch irgendeine Ersatzfigur, noch ihre Herren, die USA, können diese sogenannte Republik vor ihrem Untergang retten." (Artikel vom 28.2.73)



Vietnamdemonstration in Frankfurt!

Am 24.3.73 demonstrierten 2000 Antiimperialisten in Frankfurt für den Sieg der Völker Indochinas. Geführt wurde die Demonstration von der 'Liga gegen Imperialismus' und dem Nationalen Vietnamkomitee. Die Polizei hatte starke Schlägertrupps bereitgestellt, wagte es aber nicht sie einzusetzen.

USA-Thieu-Clique

Tausendfacher Bruch des Abkommens

Die US-Imperialisten haben ihre Flagge in Saigon eingeholt. Die Vierer-Militärkommission ist aufgelöst. An ihre Stille ist die Zweier-Kommission, gebildet aus den Regierungen Südvietnams, getreten. Ihre hauptsächliche Aufgabe ist, innerhalb von 90 Tagen, freie Wahlen in Südvietnam durchzuführen.

Aber wenn auch die Flagge der US-Aggressoren eingezogen ist - ihre Aggression geht weiter. Über 10 000 militärische Berater sind dort geblieben. So lange wie möglich werden die US-Imperialisten versuchen, unter dem Mantel der 'Vietnamisierung' ihre eigene verbrecherische Politik in Vietnam vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Für den Fall, dass Thieu mit dem Widerstand des vietnamesischen Volkes nicht fertig werden sollte, droht Nixon heute schon mit 'militärischer Hilfe.'

Wie diese 'Vietnamisierung' seit der Unterzeichung des Waffenstillstandsabkommens ausgesehen hat, berichtet die vietnamesische Zeitung: South Vietnam in Struggle:

Seit der Unterzeichung des Abkommens in Paris haben die USA und Saigon das Abkommen 23 560 mal gebrochen. (bis zum 5.3. - die Red.)

11 800 mal griffen Bodentruppen befreite Gebiete an.

2270 mal bombten Artillerieeinheiten gegen befreite Gebiete.

1 070 mal wurden Luftangriffe mit Splitterbomben, Napalm und chemischen Giften geflogen.

Dazu 8420 Polizeieinsätze mit Verhaftungen gegen Patrioten in Südvietnam.

Hier eröffneten Saigoner Panzer das Feuer auf Massendemonstrationen anlässlich des Friedensabschlusses. Kriegsschiffe der Saigoner Armee beschossen Fischerboote mit der Fahne der FNL und versenkten sie. Hunderte von Menschen, darunter drei- und vierjährige Kinder wurden eingekerkert.

Gegen diese Verbrechen der USA-Thieu-Clique nimmt die Provisorische revolutionäre Regierung von Südvietnam in einer Erklärung vom 25.2. Stellung. Nach der Aufdeckung der verbrecherischen 'Vietnamisierungspolitik' heisst es dort:

ERKLÄRUNG DER PROVISORISCHEN REVOLUTIONÄREN REGIERUNG SÜDVIETNAMS

"Liebe Landsleute und Kämpfer im Süden,

das Abkommen zur Beendigung des Krieges und zur Errichtung des Friedens in Vietnam ist unterzeichnet. Wir haben einen hervorragenden Sieg erzielt nach 18 Jahren beharrlichen und mutigen Kampfes. Der Frieden ist hergestellt, aber die kriegstreiberischen Kräfte innerhalb und ausserhalb unseres Landes versuchen, ihn zu sabotieren. Landsleute, lasst uns, Millionen wie ein Mann, wachsam sein und beharrlich für die volle Einlösung der Abmachungen aus dem Abkommen kämpfen. Lasst uns alle entschieden für den Frieden, für Unabhängigkeit und wirkliche Souveränität eintreten, Demokratie und nationale Einheit erwerben und vorwärtsschreiten zur friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes...

Es heisst dann, gerichtet an die Völker der ganzen Welt:

"Bis heute habt ihr mit ganzem Herzen den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die USA für nationale Befreiung unterstützt und so einen wertvollen Beitrag für die Herstellung des Friedens in Vietnam geleistet. Fordert weiter entschieden und beharrlich, dass die USA und die Saigoner Regierung das Waffenstillstandsabkommen und die Protokolle respektieren und strikt durchführen. Verstärkt alle eure Unterstützung für den Kampf des südvietnamesischen Volkes im Aufbau eines friedliebenden, unabhängigen, demokratischen und glücklichen Südvietnams und das Voranschreiten zu einer friedlichen Wiedervereinigung des Landes. Wacht mit über den Frieden in Indochina, Südostasien und in der ganzen restlichen Welt."



****

IN DEN BEFREITEN GEBIETEN:

LOC NINH: SOLDATEN DER BEFREIUNGSARMEE WERDEN EMPFANGEN

"Vom Flughafen zur Stadt gingen wir durch Triumphbögen aus den Fahnen der FNL. Rote und blaue Flaggen mit dem goldenen Stern wehten auch überall auf den öffentlichen Gebäuden und Häusern der Stadt.



Triumphierender Einmarsch in Quang Tri

Der Marktplatz, überfüllt mit Leuten, etwas weiter die Niederlassung der städtischen Revolutionskomitees des Volkes.

Als die Menschen uns mit den Helmen und Uniformen sehen, umringen sie uns und begrüssen uns voll Freude.

Sie erzählen uns, dass unter der revolutionären Macht des Volkes jeder die demokratischen Freiheiten geniesst: Freizügigkeit, Versammlungsrecht, Freiheit der Berufstätigkeit.

"Auch wenn wir jetzt nur Gemüsesuppe bekommen sollten, wir sind doch glücklich, jetzt in Freiheit und Freundschaft leben zu können", sagt eine Frau. Und der Bürgermeister als wir uns verabschiedeten:

"Im Moment sind wir noch arm. Viele Häuser sind durch amerikanische Bomben zerstört. Aber wir haben Pläne gemacht, um die Stadt besser und schöner wiederaufzubauen, damit sie wirklich eine Stadt des Volkes wird."

IN DEN VON THIEU BEHERRSCHTEN GEBIETEN

HUE: TERROR KANN FRIEDENSWILLEN NICHT EINDAMMEN

In der Nacht zum 27. Januar, kurz vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandabkommens, patroullierten schwer bewaffnete Polizisten und Soldaten durch die Strassen. Drohende Ansprachen kamen durch öffentliche Lautsprecher. Es wird verschärft kontrolliert. Verhaftungen häufen sich. Trotzdem Freudendemonstrationen auf den Strassen. Sogar die Polizisten beginnen nachzudenken. Einer, der meine Papiere kontrolliert, sagt: "Ich muss sehen, dass ich bald einen anderen Job finde, um meine Familie zu ernähren." Ein Werktätiger, der das gehört hat, lacht: **"Wir müssen alle das unsere dazu tun, um die Durchführung des Friedensabkommens voranzutreiben. Sogar hundert Thieus sind nicht in der Lage, den Willen einer ganzen Nation zu unterdrücken.**

SPENDET FÜR DEN KAMPF DES VIETNAMESISCHEN VOLKES!

Entsprechend des Aufrufs des Präsidiums unserer Partei, 30 000 DM für den Aufbau eines Kindergartens in Nordvietnam zu sammeln, rufen wir unsere Leser zur weiteren tatkräftigen Unterstützung der gerechten Sache Vietnams auf!

Konto:
Wagner, Dorotheenstrasse
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nr. 58 92 666
Kennwort: 'Vietnam'

Bisher bereits veröffentliche Spenden			6.579,28 DM
19.3.1973,	NRW		200,--DM
22.3.1973,	P.Pl.	Hamburg	200,--DM
15.3.1973,	R.H.	Amrum	100,--DM
		Bisher insgesamt:	7.078,28 DM

Hinter dem Vorwurf des Linksopportunismus:

VERACHTUNG DER MASSEN - VERRAT AN DER REVOLUTION !



"Der bürgerliche Staat kann durch den proletarischen Staat (Diktatur des Proletariats) nicht auf dem Wege des Absterbens, abgelöst werden, sondern, alls algemeine Regel, nur durch die gewaltsame Revolution. Lenin sagt ferner: die Marsche Lehre über die Diktatur des Proletariats ist untrennbar verbunden mit seiner ganzen Lehre von der revolutionären Rolle des Proletariats in der Geschichte. Die Vollendung dieser Rolle ist die proletarische Diktatur." (Leninismus und Sozialimperialismus)

Die Entwicklung der Kämpfe der Massen im letzten Jahr – ob bei den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter, in Mieterkämpfen und Fahrpreisaktionen, in der Bewegung gegen die imperialistische Aggression der US-Imperialisten in Vietnam, gegen die Faschisierung des Staates oder den Kampf gegen den Militarismus – hat deutlich die Grundfrage in den Mittelpunkt gestellt;

Sind unsere Probleme im Vertrauen oder im Appellieren an den Staat zu lösen, sind sie zu lösen im Kompromiss mit dem Kapitalisten, oder auf dem Weg des Kampfes gegen das Kapital, aus der Erkenntnis der Feindschaft zwischen bürgerlichem Staat, Gewerkschaftsführung und Arbeiterinteressen, der unversöhnlichen Feindschaft zwischen Kapital und Arbeit?

Klassenversöhnung oder revolutionärer Klassenkampf – Reformierung des Staates oder Umwälzung, Sturz des Staates.

Reform oder Revolution; diese Frage wurde wieder mit neuer Schärfe gestellt, als sich gegen die revisionistische DKP die KPD/ML gründete, als es wieder eine Partei der Arbeiterklasse gab, die die Revolution auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

Damals war für viele nicht klar, wieso dieser Schritt historisch notwendig war, ihnen erschien das Ganze als Streiterei von Kommunisten, zu der Arbeiter im Betrieb und alle anderen vom Kapital geknechteten, keine Verbindung sahen.

Heute zeigt sich klar, dass die Spaltung der kommunistischen Bewegung nur Ausdruck der Spaltung der Arbeiterbewegung selbst ist.

Die organisierte revolutionäre Opposition in den Massenkämpfen ist das entscheidende Merkmal der Bewegung in diesem Jahr: Gewerkschaftsopposition, Antimilitaristische Komitees, fortschrittliche Mieterräte" Vietnamausschüsse usw.

Die Organisierung dieser antikapitalistischen, antiimperialistischen Bewegung entsprich noch längst nicht dem Stand der Breite dieser Bewegung in unserem Volk. Es ist auch eine Tatsache, dass es innerhalb dieser Bewegung noch grosse Unklarheiten, Schwankungen zwischen dem Weg des Reformismus und des revolutionären Klassenkampfes gibt. Aber die Grundlage dieser Bewegung und ihrer Organisierung ist und kann nur eins sein: die Beseitigung des Systems der Ausbeutung und des Krieges, des Kapitalismus. Darum ist sie in ihrem Wesen revolutionär.

Die Revisionisten haben von Anfang an die Marxisten-Leninisten als 'Sektierer' bezeichnet, unsere Partei als 'sektiererisch'. Dieser Angriff richtete sich einzig und allein gegen die revolutionäre Linie, gegen das Festhalten an den Prinzipien von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung.

Sicher, es gibt sektiererische Fehler in unserer Partei. Die Verbindung von Partei und Klasse muss vorangetrieben werden, sie ist eine Kampfaufgabe, die uns der II. Parteitag der KPD/ML gestellt hat. Aber jeder Angriff revisionistischer und opportunistischer Elemente auf unserer Partei, unter dem Deckmantel der Kritik am 'Sektierertum', kann von uns nur eine Antwort erhalten: **Noch entschlossener auf dem eingeschlagenen Weg voranschreiten, noch entschlossener an der Partei, der Vorhutorganisation des Proletariats, an unserer revolutionären Politik festgehalten!**

Wir lassen uns nicht einschüchtern. Aber wir sind auf dem richtigen Weg. Wir wissen, dass die Reihen unserer Partei noch nicht sehr gross sind. Die voranschreitende Bewegung zeigt immer deutlicher die absolute Notwendigkeit der revolutionären Orientierung dieser Bewegung, der Ausrichtung und Organisierung, die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei. Ein Zurückweichen vor den Revisionisten im Kampf um die Führung der spontanen Bewegung heisst jedoch, die Massen den modernen Revisionisten, den Handlangern des Klassenfeindes in die Hände zu treiben.

Während die Bourgeoisie mit brutalen Polizeieinsätzen, mit Justizterror, Verbotsdrohungen gegen die Partei und revolutionäre Organisationen reagiert, stellt sich für die modernen Revisionisten vor allem die Aufgabe, die Massen von der Revolutionierung abzuhalten. Entscheidend ist für sie dabei, die Partei und ihre revolutionären Ziele vor den Massen zu diffamieren. Sie beschimpfen die Partei als Sektiererhaufen, **doch das wachsende Klassenbewusstsein zwingt sie heute, immer offener die Partei und ihre Ziele die bewaffnete Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats anzugreifen.**

In der UZ Nr. 4 vom 26.1. legen sie als Beweis des antileninistischen Standpunktes der 'Maoisten' vier Punkte auf den Tisch· "Die Maoisten und die Trotzkisten (völlige Gegensätze wie 'Maoisten', d.h. Marxisten-Leninisten, und die Trotzkisten, werden einfach in einen Topf geworfen) kennzeichnet vor allem, dass sie:

die marxistisch-leninistische Partei als Vorhut der Arbeiterklasse und als revolutionäre Massenpartei ablehnen,

die Strategie und Taktik der Hinüberführung der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution missachten.

den proletarischen Internationalismus negieren,

die bewaffnete Gewalt als Instrument des revolutionären Klassenkampfes verabsolutieren,

einen tiefen Antikommunismus und Antisowjetismus verfechten."

Wenn die D'K'P von sich behauptet, sie sei die Vorhut der Arbeiterklasse so sehen wir uns zunächst an was sie von der Arbeiterklasse hält. Welche Rolle spielt sie, welche Aufgaben hat sie?

Die Marxisten Leninisten gehen davon aus, dass die Arbeiterklasse heute die Triebkarft in der Geschichte ist. Sie hat nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen, sagt Marx, daraus resultiert ihre revolutionäre Kraft, das prägt ihren Willen und Geist.

Und wie sieht die DKP das? Deutlicher als alle theoretischen Darlegungen zeigen Gespräche mit alten Genossen, die in der Thälmann-Partei gekämpft haben und heute die DKP für die Fortsetzerin der revolutionären KPD halten, wohin die DKP 'führt'. Von diesen alten Kämpfern hört man oft: Ist ja ganz gut war ihr macht, ist ja auch gut, dass ihr von der Revolution redet – aber seht euch die Menschen doch an – die sind satt und zufrieden. Früher, da war das anders. Revolution ist heute nicht mehr die Frage.

Es ist das 'Verdienst' der modernen Revisionisten, dass die alten Klassenkämpfer die Tatsachen nicht mehr sehen. Sicher, in Westdeutschland gibt es zum Beispiel weniger offenes Elend als in den zwanziger Jahren. Die Widersprüche zwischen den werktätigen Massen und den Herrschenden hat das jedoch nicht verringert! Die Strassenschlachten, bei denen sich die Kämpfe der Massen in letzter Zeit immer mehr zuspitzen, sie sind ein Beweis gegen eine angebliche Stumpfheit und Gleichmütigkeit der Massen.

Hören wir dazu die Meinung der DKP-Revisionisten:

"Aufrufe – wie zum Beispiel in einem während der Olympiade in München verteilten Flugblatt maoistischer Gruppen, den 'Kapitalistenstaat kaputtzuschlagen' und 'und das geht nur mit der Knarre in der Hand' hören sich im ersten Moment sehr revolutionär an."

Und dann – warum die Erziehung der Massen im Geiste der bewaffneten Revolution heute falsch ist:

"Doch nach marxistisch-leninistischer Erkenntnis kann die Revolution nur aus der inneren Verschärfung der grundlegenden sozialen Widersprüchen in dem jeweiligen Land, aus der elementaren Verletzung der Interessen der Arbeiterklasse und der Masse des Volkes sowie aus der subjektiven Erkenntnis dieser Widersprüche durch die Massen wachsen.

Wir geben den 'Marxisten Leninisten' von der DKP darin recht, dass die Revolution aus der 'elementaren Verletzung der Interessen der Massen erwächst. Allerdings sind wir mit den Marxisten-Leninisten einer Meinung, dass die elementare Verletzung der Interessen der Massen besteht, seit der Kapitalismus besteht. Denn die elementare Verletzung der Interessen der Massen ist es, dass sie die Werte schaffen, ihrer aber Tag für Tag durch das Kapital beraubt werden. Nicht umsonst schrieb Karl Marx deshalb, dass in der Geschichte mit der Klasse der Kapitalisten gleichzeitig deren Totengräber geschaffen wurden – die Arbeiterklasse..

Stalin sagt dazu: "Kann man eine so radikale Umgestaltung der alten, bürgerlichen Verhältnisse ohne eine gewaltsame Revolution, ohne die Diktatur des Proletariats bewerkstelligen?

Es ist klar, dass man das nicht glauben kann. Zu glauben, dass man eine solche Revolution friedlich, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, die der Herrschaft der Bourgeoisie angepasst ist, durchführen kann, bedeutet, entweder den Verstand verloren zu haben und die normalen Menschlichen Begriffe eingebüsst zu haben oder sich offen von der proletarischen Revolution losgesagt zu haben:

Seit es den Kapitalismus gibt, steht die Frage nie anders als, dass die Verletzung der Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung dazu führen muss, dem gesamten kapitalistischen System ein Ende zu bereiten, indem der Ausbeuterstaat gestürzt wird und die Arbeiterklasse die Macht übernimmt.

Die DKP tut zwar so, als würde sie dieses grundlegende Interesse der Arbeiterklasse wahrnehmen – sie kann ja nicht offen zugeben, was die logische Konsequenz aus ihren Ansichten ist, dass heute der grundlegende Widerspruch in der Gesellschaft nicht mehr zwischen Kapital und Arbeit ist. Sie übergeht die Konsequenzen, die sich aus dem Interesse der Ausbeuterklasse, die Arbeiterklasse niederzuhalten, aus dem grundlegenden Interesse der Arbeiterklasse die Ausbeuterordnung abzuschütteln, ergeben.

Stattdessen erklärt sie, dass sich die Zeiten geändert hätten:

"Die revolutionäre Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft kann angesichts des hochorganiserten Imperialismus nicht in einem Zuge, sondern nur in mehreren Etappen erfolgen."

Womit wir beim Kern der Sache wären.

Lenin war der erste – und das ist einer seiner grössten Verdienste – der analysiert hat, dass der Kapitalismus ungefähr um die Jahrhundertwende in sein höchstes und letztes Stadium, das Stadium des Imperialismus eingetreten ist. Hat Lenin daraus die Konsequenz daraus gezogen, dass nun – dass also die sozialistische Revolution, die schon vir dem Eintritt in das imperialistische Stadium des Kapitalismus heranwuchs, jetzt nur noch zu erreichen zei, wenn die 'Strategie und Taktik der Hinüberführung der bürgerlich-demokratische in die sozialistische Revolution" (DKP) angewandt wird?

Lenin aber sah die Sache ganz anders herum als die modernen Revisionisten. Sehen sie den Imperialismus als ein Zeitalter des Rückzugs der Revolution, wachsender Schwierigkeiten für die Revolution, stellte Lenin den Imperialismus gerade als den Vorabend der proletarischen Revolution heraus. Aber hören wir Lenin selbst:

"Zum kapitalistischen Imperialismus wurde der Kapitalismus erst auf einer bestimmten, sehr hohen Entwicklungsstufe, als einige seiner Grundeigenschaften in ihr Gegenteil um zuschlagen begannen, als sich auf der ganzen Linie die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation herausbildeten und sichtbar wurden.

Und wie Lenin sich den Übergang vorgestellt hat, und welche Gesellschaftsformation er meinte, das zeigt ganz klar Stalins Definition über die Bedeutung der Arbeit Lenins:

"Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus ist die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution im allgemeinen, die Theorie und Taktik der Diktatur des Proletariats im besonderen. Marx und Engels wirkten in der vorrevolutionären Periode (wir meinen vor der proletarischen Revolution), als es noch keinen entwickelten Imperialismus gab, in der Periode der Vorbereitung der Proletarier zur Revolution, in jener Periode, als die proletarische Revolution praktisch noch keine unmittelbare Notwendigkeit war (Grundlagen des Leninismus)"

"Die Jugend ist die aktivste und lebendigste Kraft der Gesellschaft. Sie ist am meisten begierig zu lernen, am wenigsten konservativ im Denken, und dies besonders im Zeitalter des Sozialismus. Wir hoffen, dass die örtlichen Parteiorganisationen gemeinsam mit den Organisationen des Jugendverbandes aufmerksam prüfen werden, wie man insbesondere der Energie der Jugendlichen freie Entfaltungsmöglichkeiten geben kann; sie dürfen die Jugendlichen nicht nach der allgemeinen Schablone behandeln, dürfen ihre Besonderheiten nicht verwischen. Natürlich müssen die Jugendlichen von den alten Leuten und allen anderen Erwqchsenen lernen, müssen sich die grösste Mühe geben, mit deren Einverständnis auf allen Gebieten eine nützliche Aktivität zu entfalten." Mao Tsetung, Rotes Buch, Seite 343

Weg mit dem "Berufsverbot" !

Die Bundesländer beginnen jetzt verstärkt, den 'Radikalenerlass' der Ministerpräsidenten der Länder vom 28. 1. 72 in die Tat umzusetzen. Entlassungen fortschrittlicher und kommunistischer Menschen aus dem Staatsdienst und vor allem Ablehnung von Bewerbern aus demselben Grund häufen sich. Rechtsradikale, die an sich auch unter den Erlass fallen, sind hochwillkommen. Die wenigen Fälle, in denen faschistische Bewerber abgewiesen wurden, waren nur Scheingefechte, um den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen, um den 'demokratischen Anstrich' zu wahren.

Eine immer breitere Bewegung richtet sich gegen diesen Gesinnungsterror. Die Empörung über den 'Radikalenerlass' zieht weite Kreise. Denn die Formulierung des Radikalenerlass: "... darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt," trifft nicht nur Kommunisten, sondern auch Antifaschisten und Demokraten.

Diese Bewegung gegen verschärfte politische Unterdrückung reicht weit über die Beschäftigten im Staatsdienst hinaus. Denn der Radikalenerlass ist nur ein Teil der Faschisierung in der BRD. Was der Radikalenerlass im Staatsdienst, ist das neue Betriebsverfassungsgesetz in den Betrieben, sind ähnliche 'Extremistenerlasse' in den Gewerkschaften, sind die sogenannten Maulkorberlasse in der Bundeswehr. Um der wachsenden Bewegung gegen den Kapitalismus, um den wachsenden Kämpfen der Arbeiterklasse Herr zu werden, beschneiden die Konzern und Finanzherren die Rechte des Volkes immer mehr.

Immer deutlicher zeigt sich der wahre Charakter dieses Staates: er ist ein Machtapparat, um die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen zu unterdrücken.

Die D'K'P macht zur Zeit einen Riesenwirbel um den 'Extremistenerlass'. Sie macht eine Kampagne: 'Freiheit im Beruf – Demokratie im Betrieb'. Höhepunkt ist eine zentrale Demonstration am 14.4.73 in Dortmund.

Was heisst denn das: Freiheit im Beruf – Demokratie im Betrieb? Nehmen wir ein Beispiel! Für die Kapitalisten ist die Verschärfung der Arbeitshetze und verstärkte Rationalisierung eine Lebensnotwendigkeit. Gäbe es 'Demokratie' im Betrieb, würden die Arbeiter und Angestellten den Kapitalisten überstimmen und er könnte nicht rationalisieren.

In der Montanunion gibt es Mitbestimmung, die auch von der D'K'P viel gelogen wird. Aber es zeigt sich, das einzige 'demokratische Recht', das die Arbeiter dort haben, ist, auf die Strasse zu fliegen. Es ist dort noch nicht gelungen, die Kapitalisten durch schöne Worte zum Verzicht auf ihren Profit zu bewegen und es kann auch nicht gelingen. Solange die Kapitalisten die Macht haben, wird es auch Unterdrückung und Entrechtung geben. Erst im Sozialismus wie in China und Albanien kann es wirkliche echte Demokratie geben.

Am meisten ist die D'K'P empört, dass sie auch unter den Radikalenbeschluss fällt.

Schliesslich hat sie bei ihrer Gründung 1968 ausdrücklich erklärt, sie stehe auf dem Boden des Grundgesetzes und der Verfassung. D'K'P-Rechtsanwalt "Unter Revolution versteht mein Mandant nur die Sozialisierung im Sinne des Grundgesetzes und insoweit ist er sich mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie völlig einig."

Und weil sie sich mit dem Kapital im Grunde völlig einig sind, darum wollen die D'K'P-Führer auch die Belohnung durch Posten im Staatsdienst. So verraten sie nicht nur die Revolution, sondern auch den demokratischen Kampf.

Der Kampf gegen den Radikalenerlass muss als Teil des Kampfes gegen die verschärfte Unterdrückung geführt werden. Dieser Kampf muss revolutionär geführt werden. Er ist ein Frontabschnitt des Kampfes Klasse gegen Klasse, des Kampfes zur Zerschlagung des kapitalistischen Systems.

KAMPF DER ALLGEMEINEN FASCHISIERUNG!

FREIE ARBEIT FÜR KOMMUNISTEN, ANTIFASCHISTEN, DEMOKRATEN IN BETRIEB, GEWERKSCHAFT, SCHULEN UND BUNDESWEHR!

DELEGIERTENKONFERENZ DER RG

Vor kurzem fand in NRW eine Landesdeligiertenkonferenz (LDK) der Roten Garde statt, auf der die Deligierten für den Bundeskongress der Roten Garde gewählt wurden auf den Grundlage der Anerkennung des Statuts und der Aufgaben der Roten Garde.

Die Anträge und Verbesserungsvorschläge für das Statut und die Bestimmung der Aufgaben der Roten Garde, zeigten schon, welcher Ernst und welches hohe politische und verantwortungsvolle Bewusstsein in den Rotgardisten steckt. Es ist wichtig für das Wachsen und Erstarken der Partei, dass sie stets von diesen frischen und vorwärtstreibenden Kräften alle Impulse aufnimmt. Der zuversichtliche und revolutionäre Geist der aus diesen Beiträgen hervorging, fand seinen zusammengefassten Ausdruck auf dieser LDK:

Der Jugend gehört die Zukunft. Gehen wir voller Zuversicht und Tatkraft daran, die Jugend für den revolutionären Kampf füt die Freiheit, den Sozialismus, zu gewinnen. Machen wir ordentlich Dampf unterm Hintern der Bourgeoisie! Vertrauen wir auf die politische und ideologische Führung der Partei, der KPD/ML.

Diese LDK bewies, wie richtig das ZK der KPD/ML damit handelt, dass es der Roten Garde die organisatorische Selbstständigkeit gibt. Auf diese Weise wird die Rote Garde ihren Schwung und ihre Kraft ungehindert entfalten.

Auf der LDK wiesen die Parteivertreter nachdrücklich darauf hin, dass es dem Klassenfeind nie gelingen darf, Partei und Jugendorganisation zu spalten, dass wir immer Schulter an Schulter kämpfend die grössten Schwierigkeiten überwinden werden.

In den letzten Monaten sind in NRW viele Genossen in die Rote Garde eingetreten, die bisher verschiedenen Zirkeln, besonders dem KJVD angehörten.

Eine beträchtliche Reihe von Lehrlingen und Jungarbeitern die bisher noch keiner politischen Organisatioen angehörten, haben die Reihen der Rotgardisten vermehrt.

DELEGIERTENKONFERENZ DES KJVD

Auch im Landesverband Nordrheinwestfalen des KJVD, Jugendorganisation der Spaltergruppe 'Rote Fahne' setzen sich die bolschewistischen Kräfte immer mehr durch.

Auf einer Landesdeligiertenkonferenz im März 1973 wurde mehrheitlich eine Resolution verabschiedet, die dem KJVD das revolutionäre Ziel setzt: Unterordnung unter die Führung der KPD/ML, Auflösung des KJVD in die Rote Garde! Die Resolution zieht einen klaren Trennungsstrich gegen alle zentristischen, liquidatorischen und Zirkel-Konzepte, indem sie die Gründung der KPD/ML 1968/69 als den entscheidenden Schritt für die revolutionäre Arbeiterbewegung hochhält, und feststellt, dass die KPD/ML auch weiterhin an ihren revolutionären Prinzipien festgehalten hat. Sie war deshalb auchin der Lage, Fehler, auch schwerwiegende, zu überwinden und sich weiterzuentwickeln.

Weiter brandmarkt die Resolution die Spaltung der KPD/ML 1970 und anschlissende Gründung der Gruppe 'Rote Fahne' und des KJVD als trotzkistischen Angriff auf die Partei. Sie folgert, dass es für den KJVD nur einen revolutionären Weg gibt: Auflösung in die Rote Garde.

Mit der Durchsetzung dieser Resolution auf der LDK wurde ein Angriff rückständiger Kräfte abgeschlagen, die die Vereinigung in der Roten Garde auf den St. Nimmerleinstag verschieben wollten, die teilweise offen den Weg in den Zirkelsumpf propagierten. Die Verabschiedung dieser Resolution bedeutet einen klaren Sieg für die bolschewistische Linie. Das darf aber nicht täuschen, dass es noch geduldiger Überzeugungsarbeit bedarf, um die zur Zeit noch schwankenden ehrlichen Genossen zu gewinnen.

KOMMT ZUM PROZESS

von Teilnehmern des Antikriegstages 1972

Anklage: besonders schwerer Landfriedensbruch, besonders schwerer Widerstand gegen die Staatsgewalt, gefährliche Körperverletzung u.a.

Die Prozess finden statt:

gegen Genossen B" aus Kiel am 9.4.73

gegen Genossen H. aus Friedrichshafen am 19.4.73, 8.30Uhr

gegen Genossen H. aus Darmstadt am 19.4.73, 11Uhr

Ort: Amtsgericht Munchen, Pacellistrasse 2



ADRESSE DER RM-REDAKTION: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07

OFFENER BRIEF

der Stadtteilgruppe FfM-Rechenheim der KPD/ML (RF)

Frankfurt, den 19.2.1973

(Auszug)

Genossen,
der Rote Morgen 5/73 richtet sich mit seiner Beilage an die Mitglieder der – wie ihr sagt – 'Gruppe ROTE FAHNE BOCHUM' und fordert die Genossen der – Eurer Ansicht nach revisionistischen Spalterorganisation – der KPD/ML(RF) auf, ndividuell die Flucht zu ergreifen und in die KPD/ML (RM) überlaufen.

Eine ernsthafte und schliesslich vernichtende Kritik an den ideologischen Grundlagen und Theorien der KPD/ML (RF) bzw. des ZB verlangt ihr ebensowenig wie eine ehrliche Selbstkritik der Genossen, die zwei Jahre und länger in dieser Organisation waren, die sie als Partei des Proletariats ansahen und nicht alsZirkel. .

Der Kampf zweier Linien spitzt sich in der westdeutschen ML (marxistisch-leninistischen) Bewegung derzeit zu auf die Frage: bolschewistische Kampfpartei oder Zirkelsumpf?

Und genau hier desorganisiert Ihr unseren Kampf gegen den Block der Rechten und gegen die trotzkistischen Liquidatoren, die die Organisation zerschlagen wollen, ohne sich ideologisch von ihr abgegrenzt zu haben! Obwohl ihr sagt:

"Der Hauptschlag muss aber eindeutig nach rechts gerichtet sein" (Beilage) bekämpft ihr in erster Linie nicht die, die zahlreiche ehrliche Genossen in den Zirkelsumpf zerren wollen, sondern die sogenannten 'Rekonstruktoren'. Gewiss der Kampf gegen die 'Rekonstruktoren' (diejenigen, die die Spalterorganisation GRFB wieder aufbauen wollen (**RM**) ist wichtig und notwendig, weil die echten Rekonsrtuktoren in der Tat eine liquidatorische Strömung sind. Aber wie wollt Ihr den Kampf gegen eine liquidatorische Strömung führen, wenn ihr nicht einmal in der Lage seit, korrekt zu bestimmen, wer zu den Rekonstruktoren grhört! Dazu gehören nämlich auch die Genossen, die erst KLARHEIT und dann EINHEIT wollen und sich Euch nicht prinzipienlos anschliessen. .

Rotfront!

* * *

RM-Redaktion

Genossen, es stimmt nicht, dass unsere Linie zur Einheit ist: 'Komm halt rüber!' In vielen Beiträgen des Roten Morgen zur Linie des ZB, in der ideologischen und praktischen Unterstützung von Genossen in der GRFB und im KJVD, die für eine prinzipienfeste Einheit in der KPD/ML kämpften, in der ehemaligen Essener Ortsgruppe der GRFB erarbeiteten Broschüre zur Einheit, mit Beiträgen im Organ des KJVD usw. haben wir den ideologischen Kampf geführt. Aber recht habt ihr, dass dennoch eine Vernachlässigung des ideologischen Kampfes stattfand. **Die Märztagung des Zentralkomitees unserer Partei, über die wir noch berichten werden, hat dies eindeutig festgestellt und wird den Kampf um den ideologischen Aufbau verstärken.**

WERKTÄTIGE BAUERN: AUF UNSERE SEITE!

IM KAPITALISMUS

Der Zusammenschluss der Monopolherren in ihrer 'Europäischen Gemeinschaft' schreitet voran und damit auch die verstärkten Angriffe gegen die werktätigen Bauern in Westeuropa. Nach den letzten Währungsbeschlüssen einigte man sich im März in Brüssel vorläufig wieder auf die Rückkehr zum 'gemeinsamen Agrarmarkt', den Bauern wurde die lächerliche Erhöhung der Erzeugerpreise um 2,76% versprochen, den Verbrauchern die Senkung des Butterpreises. Aber kein ernsthafter Kommentator im Wirtschaftsteil der bürgerlichen Presse wagt zu bezweifeln, dass jetzt die Krisenlasten dort abgeladen werden sollen, wo es immer geschieht: Auf dem Rücken der Verbraucher und der kleinen Bauern!

Die Empörung und die Kampfbereitschaft der werktätigen Bauern wächst. 1971 demonstrierten 400 000 Bauern; von Flensburg bis zum Bodensee fanden Autobahnblockaden, Belagerungen von Rathäusern, Traktordemonstrationen statt; in Brüssel lieferten 100 000 Bauern der Polizei blutige Strassenschlachten. 1972 fand die Unruhe in der Bauernschaft ihren Ausdruck in der Spaltung des reaktionären Bauernverbandes, an dessen Spitze bisher so offene Vertreter des Grossgrundbesitzer und der Lebensmittelkonzerne sassen wie: Kühlmann-Stumm, Freiherr von Heeremann, Baron von Feury usw.

Mit den Beschlüssen von Brüssel wird die Unruhe in diesem Jahr nur weiter angefacht. Die Lage der werktätigen Bauern wird unerträglich. Diese Tatsache versucht die bürgerliche Propaganda zu vertuschen, indem sie dem Bauern mangelndes 'betriebswirtschaftliches Denken' oder fehlende Bereitschaft zum Umlernen und zur Modernisierung vorwirft. Gleichzeitig versuchen sie die Bauern in den Augen der Arbeiterklasse als gierigen Kleinunternehmer, als rückständigen Schollen-Anbeter darzustellen, der die Lebensmittelpreise hochtreibt und zusätzlich mit Subventionen aus Bonn seinen Mercedes bezahlt. So sollen Arbeiter und Bauern gespalten werden.

Wie sieht die Lage der werktätigen Bauern wirklich aus?

BEISPIEL 1: KARTOFFELN

Kartoffeln werden dem Arbeiter in der Stadt in den Supermärkten kiloweise für teures Geld verkauft; die Bauern müssen sie zentnerweise für ein paar Mark abgeben. Die grosse Zwischenspanne ist der Profit der Supermärkte und Lebensmittelkonzerne

Ein Bauer aus Niedersachsen:

Mit der Abnahme der Kartoffeln durch die Genossenschaft klappte es in den letzten Jahren oft nicht richtig. Durch die Errichtung von zwei Genossenschaften, einmal unserer Genossenschaft des Kreises und dann der Hauptgenossenschaft Hannover, die ihre Filialen überall auf dem Lande hat, wurde versucht, die Preise zu drücken. Da haben wir zu Stocki-Maizena in Wittingen übergewechselt. Die garantierten uns wenigstens einen festen ,wenn auch minimalen Abnahmepreis von damals 4,50DM pro Zentner. Aber sie fordern dafür einen enorm hohen Sauberkeitsgrad. Schon einige grüne Flecken führen zur Nichtabnahme der Fuhre. An Liefertagen muss die Frau mindestens die Arbeit, die am Morgen anfällt, alleine besorgen. Auch ein Aufbruch mitten in der Nacht ist keine Garantie dafür, dass man bei den langen Wartezeiten, rechtzeitig zum Melken zurück ist. Aber immerhin dachten wir damals, das Risiko, auf den Kartoffeln hängenzubleiben gibt es nicht mehr. Pustekuchen; Stocki bekam günstigere Angebote und drückte uns damit den eigentlich festen Preis aller Vertragspartner mit der Drohung der Nichtabnahme."

Die Existensangst der Bauern, ihre Kartoffeln nicht loszuwerden verhinderte ein gemeinsames Vorgehen, sie war grösser als der Mut, ihr Recht durchzukämpfen. Zwei Jahre Vertragstreue wurden auf diese Art belohnt.

BEISPIEL 2: ZUCKER

"Man glaubt es kaum", sagte uns ein anderer Bauer, "aber wir kaufen den Zucker im Zentner wesentlich teurer von der Fabrik, als wir ihn im Supermarkt bekommen würden.

Das ist so; wenn wir Rüben geerntet haben, bringen wir sie zur Nordzucker. Da die Ware aber erst wesentlich später bezahlt wird, sind wir praktisch auf dieses Tauschgeschäft zu unseren Ungunsten angewiesen, denn wir brauchen ja den Zucker zum Einmachen und Backen."

BEISPIEL 3: MILCH

'Nichts geht über Bärenmarke, Bärenmarke zum Kaffe!'
Bei diesem Werbeslogan bekommen viele Milchbauern in Ober- und Niederbayern eine Bärenwut. Ein Bauer aus der Nähe von Mühldorf sagte uns dazu folgendes:

Die Bärenmarke hat hier vor längerer Zeit angefangen, die Milch zu besseren Bedingungen als die lokale genossenschaftliche Molkerei abzuholen. Die Bärenmarke zahlte besser, kam uns mit den Abholzeiten entgegen. So sind eine Menge Kleinbauern zur Ablieferung an den Konzern übergegangen. Doch jetzt zeigte sich das dicke Ende: Die Molkerei stellte wegen der wenigen übriggebliebenen Ablieferer den Betrieb ein. Nun entpuppte sich der Teddybär als Raubtier: Er hatte jetzt das alleinige Monopol, er diktierte Abholzeiten, Fett- und Bakterienzahl, kaum gebremst durch die staatlichen Milchpreisrichtlinien. Ging daran ein kleiner Bauer kaputt, so wurde er halt von einem Grossen geschluckt."

BEISPIEL 4: ARBEITSZEIT UND LOHN

"Wir wissen oft nicht, wie wir zurechtkommen sollen. Die meisten Maschinen, die heutzutage für die Ernte notwendig sind, können wir uns nicht leisten. Zwar kaufen wir einige Maschinen mit anderen Kleinbauern zusammen, aber wir bauen ja nicht alle dasselbe an, und was dann? Deshalb müssen wir stundenweise auf den Höfen von uns bekannten Grossbauern arbeiten, damit wir von ihnen die meist nicht voll ausgelasteten Maschinen geliehen bekommen. Mähdrescher, Kartoffel- und Rübenvollernter und dergleichen mehr. Diese Mehrarbeit bedeutet oft die 70 und mehr Stundenwoche, und das praktisch nur um zu überleben."

So geht es zu, dass trotz aller schönen Reden der Regierung über 2 Millionen Bauern Haus und Hof verlassen mussten und täglich folgen ihnen 225 mehr. Das zurückgelassene Land geht in die Hände von einigen Agrarkapitalisten über, und auf die geschilderte Weise nistet sich nebenher das Monopolkapital auf dem Land ein. Nach EWG-Norm (Minimalbetriebsgrösse 3ha LN) müssen über 90% der deutschen Höfe sterben (Agrarbericht 71). Die SPD/FDP-Regierung begrüsst sogar das Höfesterben, als ein 'notwendiges Übel'.

Nein, übel ist das System der 'Marktwirtschaft', ist die kapitalistische Konkurrenz, die dazu dient, die Bauern gegeneinander auszuspielen, damit die Konzerne, Banken und Monopole als lachende Dritte Höchstprofite einstreichen. Dagegen müssen die Bauern zusammenhalten und sie tun es mehr und mehr!

Aber immer noch lassen sich viele Bauern durch reaktionäre Demagogen fangen mit Versprechungen wie: 'Jeder kann auch 1980 noch Bauer sein, wenn er will (CDU).'

Es fällt den Bauern schwer, sich vom Eigentum an Grund und Boden zu trennen, das ja die älteste Form des Privateigentums darstellt. Aber das Monopolkapital hat in diesem System die absolute Macht: Es raubt den werktätigen Bauern Haus und Hof, nimmt ihm den letzten Schein von Selbstständigkeit oder zwingt ihn als Lohnarbeiter in die Fabrik zu gehen. Daher gibt es für die kleinen Bauern nur einen Ausweg: Kampf für den Sozialismus im Bündnis mit der Arbeiterklasse!

Nur der Sozialismus kann garantieren, dass jeder Bauer weiter als Landwirt arbeiten kann.

Allerdings, das Ende des Privateigentums an Landbesitz für die Vielzahl der Bauern ist schon heute im Kapitalismus beschlossene Sache. Auch der Sozialismus wird die Entwicklung nicht zurückdrehen, aber er wird den Landbesitz aus den Händen einiger Monopole, einiger Agrarkapitalisten reissen, er wird das gesellschaftliche Eigentum an Landbesitz einführen, angefangen vom Zusammenschluss der Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bis hin zum volkseigenen landwirtschaftlichen Grossbetrieb. Nur der Sozialismus kann so die Existenz des Bauerntums retten.

Arbeiter und Bauern, eine Kampffront!

Vorwärts zum Sozialismus, zur Diktatur des Proletariats, der Arbeiter- und Bauernmacht, vorwärts zur sozialistischen deutschen Räterepublik!

Vergeßt die Bauern nicht!

Aus der Rede des Genossen Enver Hoxha auf dem VI. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens:

Die Jugend, die Studenten, der progressive Teil der Intelligenz sind nahe Verbündete der Arbeiterklasse, jedoch nicht die einzigen. Die Hegemonie der Arbeiterklasse erstreckt sich auch über andere Volksschichten, die an der Revolution interessiert sind, insbesondere über die Bauernschaft, welche im überwiegenden Teil der Länder und Gebiete der Welt ihren wichtigsten, mächtigsten und entschlossensten Bundesgenossen darstellt.

Die modernen Revisionisten suchen die grosse Bedeutung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu leugnen, unter dem Vorwand, dass die Bauernschaft heute keine besondere Rolle mehr spiele, namentlich in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Sie rücken statt dessen das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz in den Vordergrund. In einigen Ländern ersetzen die Revisionisten das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft durch das Bündnis mit den kleinbürgerlichen Schichten der Stadt und ihrer nächsten Umgebung. Durch diese Theorien und Praktiken suchen sie die Arbeiterklasse von ihrem nächsten Bundesgenossen zu trennen.

Die Leninsche These, dass nur das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft jene soziale Kraft ist, welche imstande ist, die Bourgeoisie zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen, gilt auch heute noch voll und ganz.

WIE IM SOZIALISMUS



Die Entwicklung der Landwirtschaft in der VR China geht mit grossen Schritten voran. Der Widerspruch zwischen Stadt und Land wird immer kleiner. Die Produktionsweise der Landwirtschaft nähert sich durch verstärkten Einsatz von Maschinen und Anwenden der Wissenschaft immer mehr der industriellen Produktionsweise. Überall entstehen jetzt auf dem Land kleinere Fabriken, die Ersatzteile oder auch ganze Landmaschinen herstellen. Die Industrie wird in der VR China nicht in den Städten konzentriert, sondern möglichst dezentral angelegt.



Da ebener Ackerboden knapp ist, sind überall in der VR China Terrassenfelder angelegt worden. Riesige Netze von Bewässerungskanälen und Stauanlagen bewässern die Felder. Damit verbunden sind gerade in den letzten Jahren überall Elektrokraftwerke entstanden. Sie bilden die Grundlage für die Industrialisierung der Landwirtschaft.



Das Bild zeigt Mitglieder einer landwirtschaftlichen Kommune bei der Arbeit. Die riesigen Fortschritte in der chinesischen Landwirtschaft waren nur auf Grundlage der Kollektivierung möglich. Mit der freiwilligen Kollektivierung der Landwirtschaft wurde in China ein Schlusstrich unter die Zeit der kleinen zersplitterten Einzelhöfe gesetzt und die Bahn für den Einsatz grösserer landwirtschaftlicher Mschinen und die Durchführung grösserer Projekte, freigemacht. Mit der Zusammenfassung der Produktionsgenossenschaften zu landwirtschaftlichen Kommunen werden die Landarbeiter immer mehr den Industriearbeitern gleichgestellt. Geregelte Arbeitszeit, höherer regelmässiger Lohn und Steigerung der Produktivität sind die Errungenschaften der Volkskommunen.

Kontaktadresse:

HERAUS ZUM 1. MAI



heisst der Kampfruf der Arbeiterklasse aller Länder seit 1889. Heraus zum 1. Mai, wir demonstrieren unseren Kampfeswillen, wir demonstrieren unsere Solidarität mit der internationalen Arbeiterklasse und den unterdrückten Völkern, wir demonstrieren für die Arbeitermacht. Wir haben das Blut nicht vergessen, das von unseren Klassenbrüdern in diesen 84 Jahren vergossen worden ist, weil sie für diese Ziele auf die Strasse gegangen sind. Ihr heldenhafter Kampf ist uns nicht nur Erinnerung, er ist uns Verpflichtung! Deshalb Klassenbrüder: Heraus zum revolutionären 1. Mai!

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

Das Jahr 1973 ist gekennzeichnet von einer raschen Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Die geringen Lohnerhöhungen, die den Industriebossen abgetrotzt wurden, konnten die davonrennenden Preise nicht einmal ausgleichen.

Immer mehr Steuerlasten werden der werktätigen Bevölkerung aufgebürdet. Mieten und Fahrpreise steigen raketenhaft in die Höhe. Die kapitalistische Rationalisierung wird in allen Betrieben, an fast jedem Arbeitsplatz auf Kosten des Lohns, der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitenden durchgeführt.

Und unsere 'soziale' Regierung ?

Sie hat vielen, die noch Illusionen hatten, dass sie ein kleineres Übel als eine CDU/CSU-Regierung sei, durch ihre Taten bewiesen, dass sie nicht geringer im Interesse des Kapitals handelt, wie jede andere vorherige Regierung. Die KPD/ML hat vor den Wahlen am 19. November zum Boykott aufgerufen, weil es kein kleineres Übel bei den zur 'Wahl' stehenden Parteien gibt und gab. Die Praxis hat bewiesen, dass wir recht hatten mit diesem Aufruf.

Die Bevölkerung erkennt immer mehr, dass sie ihre Interessen nicht den Bonner Parteien anvertrauen kann. Sie beginnt zu begreifen, dass das Parlament eine Schwatzbude ist, die grundsätzlich für das Kapital und gegen das Volk entscheidet.

Auf eine Regierung der Kapitalisten können wir nicht bauen. Das haben viele Kollegen erkannt und auch danach gehandelt. Sie setzen sich zur Wehr gegen die Flut der Preiserhöhungen, sie schliessen sich zusammen in Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen. Mieter treten in Mietstreik gegen neue Mieterhöhungen. Die Werktätigen erkennen: Wenn wir den Kampf gemeinsam führen, können wir uns erfolgreich wehren.

Die Hauptkampffront gegen den Lohnraub wächst in den Betrieben. Dass in diesem Kampf die DGB-Führer nicht unsere Vertreter sind, haben wir in all den Jahren gesehen. Sie stehen auf der anderen Seite der Barrikade. Wie zuletzt bei dem spontanen Streik der Mannesmann-Kollegen haben wie sich immer wieder als Interessenvertreter der Kapitalisten entpuppt.

Aber die letzten Kämpfe in den Betrieben haben mit aller Konsequenz deutlich gemacht, dass ein noch gefährlicherer Feind als die DGB-Bonzen die geschlossene Kampffront der Arbeiter spaltete. Dieser Feind in unseren Reihen ist der moderne Revisionismus und seine Partei, die D'K'P! Die D'K'P-Revisionisten im Betriebsrat und Vertrauensleutekörper, D'K'P-Betriebszeitungen sprangen den DGB-Bonzen zu Hilfe als sich die Bewegung zum Beispiel bei Hoesch gegen den Verrat und die Drohungen der IGM-Führer zu richten begann, als die Hoescharbeiter ihre Sache in die eigenen Hände nahmen. Die D'K'P-Revisionisten hetzten gegen Klassenkämpfer und Kommunisten, die dazu aufriefen, den Kampf gegen die Lohnkürzungen, gegen die Entlassung von acht Hoesch-Arbeitern selbstständig ohne und gegen die IGM-Bonzen zu führen. Und nicht zuletzt zeigte sich die konterrevolutionäre Rolle der D'K'P, als sie in jenen Kämpfen, als immer mehr Kollegen die Frage nach der Macht in diesem Staat zu stellen begannen, die Bewegung auf Mitbestimmungsillusionen zerren wollte.

Wir demonstrieren am ersten Mai gemeinsam mit gewerkschaftsoppositionellen Kollegen, gemeinsam mit der organisierten Gewerkschaftsopposition – gegen des Kapital und alle seine Handlanger!!

ZERBRECHT DIE KETTEN DES TARIFFRIEDENS! STREIK GEGEN LOHNRAUB! 1250,– MINDESTNETTOLOHN!

GEGEN MITBESTIMMUNGSILLUSION!
GEGEN ARBEITERVERRAT!

KÄMPFT ORGANISIERT IN DER GEWERKSCHAFTSOPPOSITION!

VORWÄRTS ZUR REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION!

GEGEN DEN DREIBUND: KAPITAL, SPD/FDP-REGIERUNG, DGB-FÜHRER,
DIE GESCHLOSSENE FRONT DER ARBEITERKLASSE!



DEMONSTRATION:

Je mehr sich diese geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten wie der werktätigen Bauern und der Intelligenz zusammenschmiedet, umso fieberhafter rüsten das Kapital und seine Handlanger zum Gegenschlag. Klassenkämpferische Arbeitervertreter werden aus dem Betrieb entlassen, werden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Sie stehen auf schwarzen Listen und werden unter Druck gesetzt; das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz soll klassenkämpferische Betriebsräte an 'Betriebsfrieden' und 'Schweigepflicht'-Paragraphen fesseln und sie zu Kapitalistenknechten machen. Andernfalls drohen Entlassung und Gefängnis.

Gefängnis droht auch allen jenen, die offen das Grundgesetz dieses Staates beim Namen nennen. Das Grundgesetz des Bonner Staates ist ein Gesetz der Kapitalistenklasse. Kommunisten wie der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Ernst Aust, sind angeklagt für die proletarische Revolution eingetreten zu sein, für den gewaltsamen Sturz des Ausbeuterstaates. Mit der Anklage des Verfassungsverrats gegen den Vorsitzenden der KPD/ML soll nicht nur ein aufrechter Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse mundtod gemacht werden, sondern auch die Vorbereitung des Verbots der KPD/ML und revolutionärer Organisationen durchgeführt werden.

Gegen diese zunehmende politische Unterdrückung und Verfolgung erhebt sich breiter Widerstand. Proteste in Gerichtssälen, Massendemonstrationen gegen Berufsverbote gegen fortschrittliche Lehrer und Rechtsanwälte, 15 000 demonstrierten in Dortmund gegen die reaktionären Ausländergesetze, die unsere ausländischen Kollegen zu Menschen zweiter Klasse stempeln. Überall entsteht Solidarität. Rote Hilfen und Komitees gegen politische Verfolgung werden aufgebaut. Die revolutionäre Bewegung lässt sich nicht unterdrücken, sie holt aus zum Gegenschalg!



WEG MIT DEM REAKTIONÄREN BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ!

WEG MIT DEN AUSLÄNDERGESETZEN!

FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN!

DIE ROTE HILFE AUFGEBAUT!



Die Bourgeoisie schreit 'Terror', wenn vereinzelte Menschen Bomben werfen. Terror aber ist der tägliche Mord an 16 Arbeitern, die Tag für Tag ihr Leben am Arbeitsplatz verlieren. Terror üben jene Konzernherren aus, die Napalm für die US-Killer produzieren und Maschinengewehre für die portugiesischen Kolonialisten. Terroristisch ist die herrschende Klasse, die für 20% Dividende über Leichenberge geht.

Sie schreien 'Terror' und bereiten noch grösseren Terror vor. Gegen die anwachsende revolutionäre Arbeiterbewegung werden Bürgerkriegsvorbereitungen getroffen. In diesem Jahr wurde die Polizei auf- und ausgerüstet wie noch nie. Der Bundesgrenzschutz wurde in jene Gebiete verlagert, in denen die Arbeiterklasse sich konzentriert. Der Bundesgrenzschutz - ausgebildet von Vietnam-erfahrenen US-Killern - wurde offen zur Bürgerkriegsarmee, zur militärisch gerüsteten Bundespolizei umgebaut.

Unter dem Gerede von Entspannung und Frieden wird die Militarisierung weitergetrieben. Eine sozialdemokratische 'Wehrreform' bringt die Bundeswehr auf den Höchststand von 500 000 Soldaten. Bundeswehrhochschulen, Wehrkundeerlasse, Einschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung usw. - Militarisierung auf allen Gebieten.

Aber nicht ohne Widerstand. Das deutsche Volk hat aus der Vergangenheit gelernt. Unruhe in der Bundeswehr, antimilitaristische Komitees der Soldaten werden gegründet; antimilitaristische Bewegungen in der Gewerkschaftsjugend, an den Schulen, an den Universitäten. Am Roten Antikriegstag 1972 kämpften 6 000 Demonstranten gegen eine Übermacht von Polizei und Bundesgrenzschutz-Truppen in München.

Die Bourgeoisie versucht die spontane Bewegung gegen Militarisierung und Krieg in die Bahnen des Pazifismus zu lenken: Individuelle Kriegsdienstverweigerung, statt organisiertem Kampf in Bundeswehr, Betrieb und Schule, 'Demokratisierung der Bundeswehr', statt revolutionärer Zersetzung, Apelle nach Abrüstung an die Regierung, statt revolutionärem Klassenkampf gegen die westdeutschen Imperialisten. Aber mit dem weiteren Abbau des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, mit der verschärften Unterdrückung in der Bundeswehr, mit dem weiteren Ansteigen der Rüstungsausgaben, zerfallen auch die pazifistischen Illusionen.

Der Pazifismus ist auf dem Rückzug. 'Krieg dem imperialistischen Krieg!' und 'Im Ernstfall: Die Gewehre umgedreht!', das sind die Losungen, die immer breiteren Widerhall vor allem in der Jugend finden. Wo die Ausbeuterklasse mit Panzern und Maschinengewehren, mit Polizei und Justiz herrscht, kann nur die gewaltsame Zerschlagung der Staatsgewalt die Arbeiterklasse befreien.

Hört nicht auf die revisionistischen Verräter in der Führung der D'K'P! Sie reden vom 'friedlichen Übergang zum Sozialismus', sie vertrösten die revolutionären Kräfte auf die Stimmzettel und auf 'Mitbestimmung'. Sie fordern 'Abrüstung' und reden vom angeblich friedlichen Charakter der Bonner Politik. Mit solchem Gerede soll der Arbeiterklasse Sand in die Augen gestreut werden, so sollen die revolutionären Kräfte vor dem Angriff der bewaffneten Banden des Kapitals entwaffnet werden! Zu diesen Handlangern der Konterrevolution wird am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, ein klarer Trennungsstrich gezogen!

KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

TREIBT DEN ANTIMILITARISTISCHEN KAMPF FORAN!

FÜR DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS ÜBER ALLE VOLKSFEINDE!

Das westdeutsche Proletariat kämpft in einer Front mit den Arbeitern aller Länder und mit allen unterdrückten Völkern! Unser Kampf ist untrennbar mit ihrem Kampf verbunden, uns trennen keine Grenzen und keine Rassen.

Als die US-Völkermörder ihre Bombenmassaker in Nordvietnam begingen, erhob sich in unserem Land eine Welle des Protestes und eine Welle der Solidarität und Sympathie für das heldenhaft kämpfende vietnamesische Volk. Der Sieg dieses Volkes ist auch unser Sieg. Er ist ein Schlag in das Gesicht aller Prediger vom 'vernünftig gewordenen, friedlichen Imperialismus'. Der Sieg im Volkskrieg ist eine grosse Lehre für unser Volk. Der Imperialismus kann nur von seinem hemmungslosen Wüten durch den schonungslosen Kampf der Völker zurückgehalten werden. Völkermord, Giftgas und Metzeleien in überfüllten KZs werden erst dann aufhören, wenn der Bestie Imperialismus das Genick gebrochen ist.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

ES LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG!

SIEG IM VOLKSKRIEG - KLASSENKAMPF IM EIGENEN LAND!

Weltweit erleiden die beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion Schläge und Niederlagen. Wo sie die Völker angreifen, setzen sich die Weltgendarmen aus Washington und Moskau an einen Tisch. Ob Indochina, Nahost, Europa - die Aufteilung der Welt in Interessensgebiete und die Niederhaltung des Kampfes für Unabhängigkeit und Revolution ist ihre abgemachte Sache.

Diese beiden Supermächte sind auch an der Ausbeutung und Unterdrückung des deutschen Volkes beteiligt. n Westdeutschland und in der DDR haben sie hunderttausende ihrer Soldaten, Panzer und Flugzeuggeschwader stationiert. Aber nicht für die Ewigkeit!

Von Westberlin bis München entsteht eine Bewegung gegen die Truppen der US-Besatzer und die Nato-Manöver. Wer von Frieden redet und weiterhin aufrüstet, dem wird nicht geglaubt. Völkermörder Nixon - dich brauchen wir nicht: Ami go Home!

Das deutsche Volk braucht keine ausländischen Besatzer. Wer sie noch braucht, das ist der westdeutsche Imperialismus. Brandts Kniebeugen vor Völkermörder Nixon hatten ihren Grund: Die Grossmachtspläne des westdeutschen Imperialismus brauchen US-Kanonen im Hinterhalt.

Dem westdeutschen Imperialismus ist seine Jacke wieder zu eng geworden. Im Windschatten und mithilfe der beiden Supermächte strebt er zur Supermacht. Über EWG und NATO hat der westdeutsche Imperialismus schon eine vorrangige Stellung in Westeuropa errungen. Er dringt in den unterjochten Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas mit Kapitalinvestitionen und 'Entwicklungshilfe' und Waffenlieferungen an die reaktionären Banden vor. Gleichzeitig sucht er seine verlorenen Einflussphären in Osteuropa wiederzugewinnen. Adenauers Politik der Einverleibung der DDR wird mit neuen Methoden fortgesetzt. Denn neu sind die Bedingungen für die Revanche-Pläne der westdeutschen Monopolherren, neu ist die Verwandlung der Sowjetunion von einer sozialistischen Macht in eine sozialimperialistischen Macht, die sich mit Bonn zusammensetzt, um über die Verschacherung der DDR und der osteuropäischen Länder zu verhandeln. Neu ist der totale Verrat der S.E.D-Führer in der DDR, die nicht nur die Arbeitermacht in der DDR zerbrochen haben, die auch den Kampf der deutschen Arbeiter für ein vereintes sozialistisches Deutschland mit Füssen treten.

Diesen Verrat nutzen die Bonner Revanchisten gründlich aus. Unter der Fahne der 'Wiedervereinigung' und 'Selbstbestimmung' versuchen sie das deutsche Volk vor den Karren ihrer Grossmachtspläne zu spannen. Aber das deutsche Volk hat noch die Töne Hitlers von 'nationaler Einheit' und 'Selbstbestimmung des deutschen Volkes' im Ohr! Über einem wiedervereinigten Deutschland wird nicht die Fahne der Krupp und Thyssen, sondern die Fahne der vereinten deutschen Arbeitermacht wehen!

NIEDER MIT DEM KOMPLOTT DER SUPERMÄCHTE GEGEN DEN FREIHEITSKAMPF DER VOLKER!

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS UND REVANCHISMUS!

ES LEBE DIE SOZIALISTISCHE DEUTSCHE RÄTEREPUBLIK!

FÜR EIN VEREINTES UND UNABHÄNGIGES SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!



Dieser 1. Mai steht unter deutlichen Zeichen: Dem Zeichen des raschen Anwachsens der Arbeiterbewegung gegen die verschärfte Ausplünderung und Unterdrückung. Im Zeichen des Niedergangs aller Illusionen über den Schwindel des Parlamentarismus, des bürgerlichen Wechselspiels der Parteien des Kapitals.

Dieser Mai 1973 zeigt die absolute Notwendigkeit, der Arbeiterbewegung die konsequente Frage nach dem revolutionären Ausweg aus diesem System der Ausbeutung, des Terrors und Arbeiterbetrugs zu stellen.

Die Gefährlichkeit der modernen Revisionisten von der D'K'P wird mit der Revolutionierung der Arbeiterbewegung immer offensichtlicher. Die D'K'P-Führer versprechen, die Arbeiterbewegung aus diesem System zu führen, aber was sie tun, ist das Gegenteil: Sie versuchen, die revolutionäre Kraft des wachsenden proletarischen Riesen an das herrschende System zu ketten. Der 1. Mai 1973 kann daher nur in einer noch entschiedeneren Absage an die tödlichen Umarmungsversuche der Revisionisten bestehen.

Dieser 1. Mai steht unter dem Zeichen des Wachstums und der Stärkung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der KPD/Marxisten-Leninisten. Unsere Partei, entstanden im ständigen Kampf gegen die Todfeinde der Revolution, den modernen Revisionisten, wird ihre Aufgabe als Teil und Führer der Arbeiterklasse immer besser erfüllen.

Die KPD/ML unterstützt den Kampf der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten für ihre unmittelbaren Interessen und führt sie in diesem Kampf den Weg zum Ziel: Der Diktatur des Proletariats. Unsere Partei wird vor keinem Angriff, keiner Drohung zurückschrecken, sie wird weiter ihre Pflicht als Vorhutpartei des Proletariats erfüllen: Kampf allen Illusionen über den Ausweg aus diesem System! Festhalten am revolutionären Klassenkampf!

Im Namen des revolutionären westdeutschen und westberliner Proletariats grüssen wir an diesem 1. Mai 1973 insbesondere die Kommunistische Partei des sozialistischen Chinas, dem Bollwerk der Weltrevolution! Wir grüssen die Partei der Arbeit Albaniens, dem Land, das uns Ansporn und Vorbild ist, als Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa!

Vereinigt euch im revolutionären Klassenkampf! Vereinigt euch gegen das Kapital und alle seine Handlanger auf der revolutionären Demonstration des 1. Mai 1973!

Rotfront!
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

30. März 1973